

Bezugspreis:
B. Vierteljährl. 30.-, monatl. 10.-, wochentl. 3.-, im Haus, portofrei zahlbar. Postbezugs monatlich 10.-, wochentl. 3.-, im Haus, portofrei zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei wöchentlich einmaliger Abnahme 21.50 Mk. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, - - - - - Schweden und die Schweiz. - - - - - Einsetzen in die Poststempel-Verträge.
Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Voll u. Zeit" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegraphische Adresse:
"Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Kompositorenzeilen kosten 1.- Mk. Leertextzusatz 50%.
"Kleine Anzeigen". Das erste gezeichnete Wort 1.- Mk. (zwei bis fünf gezeichnete Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengröße und Schließstellenangeben das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Zeilen. Leertextzusatz 50%. Familien-Anzeigen für Konstanten Seite 2.- Mk. politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.- Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 6. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Verständigung mit den Eisenbahnern.

Erhöhung nach dem Ortsklassensystem.

Berlin, 5. Januar. (WZB.) Am 5. Januar wurde zwischen dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahner und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter verhandelt. Es kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande:
Für die Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres an der Feuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag von 50 Proz. auf 70 Proz. in Ortsklasse A, auf 65 Proz. in Ortsklasse B, auf 60 Proz. in Ortsklasse C und auf je 55 Proz. in den Ortsklassen D und E erhöht werden.
Für die Arbeiter soll vom gleichen Zeitpunkt an der Stundenlohn in der Ortsklasse A um 50 Pf., in Ortsklasse B um 40 Pf., in Ortsklasse C um 30 Pf., in Ortsklasse D um 20 Pf. und in Ortsklasse E um 10 Pf. erhöht werden; außerdem soll in mäßigen Grenzen durch weitere Heberenergungszuschüsse in durch hohe Industrielöhne besonders beeinflussten Orten im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholfen werden.

Der Vorsitzende der Verhandlung, Staatssekretär Stieglitz, erklärte sich bereit, diesen Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zur Vertretung in der Reichsregierung zu empfehlen.

Zur Vorgeschichte.

Die Verständigung, die übrigens noch nicht ganz vollständig ist, hat eine überaus interessante Vorgeschichte. Es hat dabei nämlich ein Plan des in Wiesbaden sitzenden Chefs des französischen Feld-Eisenbahnenwesens eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, der einen Streik dazu benutzen wollte, das Eisenbahnenwesen im besetzten Gebiete französisch zu militarisieren und eventuell auch — zwecks Kohlenversorgung — nach dem Ruxtrebier militärisch hinüberzugreifen. Das Bekanntwerden dieses Planes dürfte es gewesen sein, das die Regierung dazu bestimmte, in ihren Zugeständnissen weiter zu gehen, als ursprünglich beabsichtigt war.

Das Reglement für Oberschlesien

Das Reglement für die Abstimmung in Oberschlesien, dessen Inhalt wir in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten, stellt ganz offenbar ein Kompromiß zwischen zwei Strömungen dar, wobei diejenige, die das Glück zugunsten der Polen zu korrigieren beabsichtigt, nicht unwesentliche Erfolge davongetragen hat. Diese Erfolge bestehen darin, daß der Kreis der Abstimmungsberechtigten zu Ungunsten der Zugewanderten eingeschränkt, und die Abstimmungsberechtigten selbst in verschiedene Klassen eingeteilt werden.
Nach § 4 des Anhangs zu Art. 87 des Friedensvertrages ist stimmberechtigt, wer über 20 Jahre alt und im Abstimmungsgebiet geboren ist oder dort seinen Wohnsitz hat. Wie lange Anwesenheit der nicht im Abstimmungsgebiet Geborenen zur Erwerbung des Stimmrechts notwendig ist, sollte nach diesem Paragraphen später von der internationalen Kommission festgesetzt werden. Diese Festsetzung ist nun in dem Sinne erfolgt, daß stimmberechtigt nur derjenige ist, der seit Neujahr 1904 dauernd in Oberschlesien wohnt. Den zahlreichen deutschen Arbeitern und Angestellten, die nach 1904 in Oberschlesien eine neue Heimat gefunden hatten, wird damit das Wahlrecht entzogen.
Die Stimmberechtigten werden ferner klassifiziert, es wird unterschieden zwischen geborenen Oberschlesiern, die noch in Oberschlesien wohnen, und solchen, die ihre Heimat verlassen haben, ferner zwischen Eingeborenen, Zugewanderten, Ausgewiesenen. Anscheinend sollen diese Kategorien getrennt an verschiedenen Tagen abstimmen. Daher muß schon jetzt gegen jeden etwaigen Versuch protestiert werden, die Stimmen nach ihrer Klassifizierung verschieden zu bewerten. Der Friedensvertrag enthält auch nicht die leiseste Andeutung dafür, daß das Recht, das allen Stimmberechtigten zuerkannt wird, nach Kategorien abgestimmt werden könnte, es müssen daher alle Stimmen gleich ins Gewicht fallen, ob sie von Eingeborenen oder Zugewanderten, Anhängigen oder Nichtanhängigen abgegeben werden.
Trotz dieser Erwiderungen dürfen wir mit voller Zuversicht in den Kampf eintreten, der sich nun dem Höhepunkt nähert und jedenfalls im Frühjahr d. J. seine Entscheidung finden wird. Die obererschlesische Bevölkerung ohne Unterschied der Muttersprache weiß, was die Zugehörigkeit zum großen arbeitssamen Deutschland für sie bedeutet, sie weiß oder nicht, was aus ihr in einem Staate Polen werden wird, dem weder sie selbst, noch jemals ihre Vorfahren angehört haben. Sie weiß, daß sie den unüberlegten Schritt zu Polen, wenn sie sich zu ihm entschließen, gleichgültig wie ihr ferneres Schicksal wäre, niemals zurück tun könnte. Zudem wird ein demokratischer Bundesstaat Oberschlesien, der nach einer Abstimmung zugunsten Deutschlands errichtet werden muß, das Wort „Oberschlesien den Oberschlesiern!“ zur Wahrheit machen und den polnischen Oberschlesiern die freieste Entwicklung ihrer eigenen nationalen Kultur gewährleisten. Wir wollen den Oberschlesiern, die bei uns bleiben wollen, helfen, ihren Willen durchzusetzen, das ist unser Recht und unsere Pflicht, und zu diesem Ziel muß ein jeder seine volle Schuldigkeit tun!

Die deutsche Friedensdelegation hat der Vorkonferenz folgende Note übermittelt, die gleichzeitig der französischen, englischen und italienischen Regierung übergeben worden ist:
Die Deutsche Regierung beehrt sich, im Anschluß an ihre an die Vorkonferenz gerichtete vorläufige Note vom 31. Dezember 1920 Nachstehendes anzuführen:
Die Deutsche Regierung weiß sich mit den Alliierten Regierungen eins in dem Verlangen, gemäß dem Friedensvertrag eine freie, geheime und unbeeinflusste Abstimmung in Oberschlesien gewährleistet zu sehen. Wenn sie vor endgültiger Stellungnahme zu den Vorschlägen der Note vom 30. November vorigen Jahres eine mündliche Aussprache anregte, so geschah dies in der Absicht, in Übereinstimmung mit allen Beteiligten den sichersten Weg zu jenem gemeinsamen Ende zu finden.
Die Vorkonferenz teilt mit, daß sie unannehmlich die Absicht habe, den Artikel 88 schließlich zur Anwendung zu bringen, und, um bei der Abstimmung die Ordnung aufrechtzuerhalten, beschloß, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet anwesenden Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen. Die Deutsche Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Entscheidung Einspruch zu erheben, da hierdurch ihrer Auffassung nach keines dieser beiden Ziele erreicht wird.
Wie in der deutschen Note vom 10. November v. J. eingehend ausgeführt wird, liegt dem Friedensvertrag das Prinzip der Einheitlichkeit des Wahlaktes sowohl dem Orte wie der Zeit nach zugrunde, ein Prinzip, das auch bei den Abstimmungen in Schleswig, Ost- und Westpreußen von den Alliierten Regierungen befolgt und ausdrücklich anerkannt worden ist. Dieser Grundsatz, von dem nur im Einvernehmen mit allen Beteiligten abgewichen werden darf, wird durch eine zeitlich getrennte Abstimmung durchbrochen.
Ebenso wenig aber wird auf diesem Wege der Zweck erreicht, die Abstimmung frei, geheim und unbeeinflusst zu machen; denn

Kommunistensput in Hamburg.

Hamburg, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Hamburg hatte die K.P.D. wie im ganzen Reich ganz übertriebene Erwerbslosenforderungen aufgestellt und proklamierte, anscheinend angeregt durch die Hiesiger Zusammenkünfte, heute in Hamburg größere Demonstrationsversammlungen. In der Presse wurde schon vorher unter aufreizenden Worten zu energischen Taten und in den Versammlungen selbst zu Demonstrationen nach dem Rathaus aufgefordert, in dem die Bürgergarde gerade lagte. Den Aufforderungen der Kommunisten waren indessen nur wenige Hundert Erwerbslose gefolgt. Die Versammlungen, die Werftarbeiter zum Verlassen der Betriebe aufzufordern, schlugen fehl. Die kleinen Demonstrationen, die sich bildeten, durchdrangen den besetzten Bankreis um das Hamburger Rathaus und es kam in dessen Nähe zu einem Zusammenstoß mit der Ordnungspolizei und die Menge fiel über die hier und verwundete einen Oberbeamten durch Messerstiche. Der Ordnungspolizei gelang es in diesem, wie auch in mehreren anderen Fällen, die Ansammlungen ohne Anwendung von lechter Gewalt zu zerstreuen.

Braunschweiger Kabinettskrise?

Braunschweig, 5. Januar. (WZB.) Bei Beratung der Vorlage über die Vermehrung der Schutzpolizei im Landtag stellte heute das Ministerium Dexter die Vertrauensfrage wegen eines Antrages des Abgeordneten Dr. Roloff vom Landeswahlverband, wonach bei Einstellung von Polizeibeamten ein viergliedriger Landtagsausschuß mitwirken und darüber wachen soll, daß die Beamten nicht einseitig aus einer Partei (K.P.D.) genommen werden. Minister Dexter erklärte, daß die Regierung in diesem Antrag ein Misstrauensvotum erblicken müsse. Sollte der Antrag angenommen werden, so sei sie genötigt, die Vertrauensfrage zu stellen. Auf Antrag der Unabhängigen-Fraktion wurde darauf die Abstimmung über den Antrag auf Donnerstag vormittag vertagt.

Die Ministerkrise in Frankreich.

Paris, 5. Januar. (Holländisch Ricombureau.) „Echo de Paris“ bestätigt, daß Leygues sich mit dem Gedanken trägt, mit mehreren seiner Mitarbeiter zurückzutreten. Er will, sobald das Parlament zusammentritt, die Vertrauensfrage stellen.

Brüssel verschoben.

Das Wiederzusammentreten der Brüsseler Konferenz ist auf den 17. oder 20. Januar, auf Veranlassung der französischen Delegation, verschoben worden, die den Wunsch ausdrückte, nicht in der durch die bevorstehende Tagung des Obersten Rates geschaffenen Atmosphäre zu beraten.

Protest gegen Belgien.

Berlin, 5. Januar. Wie WZB. erfährt, hat die Reichsregierung bei der belgischen Regierung Einspruch erhoben gegen eine Verordnung des belgischen Oberkommissars für die Kreise Eupen und Malmedy, wonach Personen, die sich nach dem 1. August 1914 in den beiden Kreisen niedergelassen haben, binnen einem Monat erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, und im Falle der Unterlassung einer derartigen Erklärung oder der Ablehnung ihres Antrags die Kreise binnen einem weiteren Monat zu verlassen haben. Die Reichsregierung schlägt vor, den nach dem 1. August 1914 zugezogenen Personen die gleiche Frist zum Verlassen des Gebietes zu gewähren wie den Opanten, d. h. ein Jahr.

Demobilisation der Roten Armee.

Moskau, 3. Januar. Eine amtliche Rundgebung beschäftigte sich mit der am 11. Dezember beschlossenen teilweisen Demobilisation der Roten Armee, die inzwischen vom achten März an in Kraft treten soll, und betont, der Demobilisationsplan müsse vorsichtig durchgeführt werden, da die Feinde Russlands lange nicht so friedliebend seien, wie Russland. Der Kampf der Roten Armee dürfe daher nach der Demobilisation nicht sinken, sondern müsse im Gegenteil intensiv verstärkt werden. Die militärische Ausbildung, die politische Erziehung und die Versorgung der Armee müsse mit erhöhter Eile fortgesetzt werden. Eine starke revolutionäre Armee sei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau gleichzustellen. Es soll mit der Entlassung der älteren Jahrgänge auf unbestimmte Frist begonnen und die Armee dadurch auf die Hälfte verringert werden. Aus den Jahrgängen 1888 bis 1889 werden besondere Arbeitsabteilungen gebildet, die zur Entlassung und zu einem unbefristeten Urlaub vorgemerkt sind. Wenn der Abtransport der ältesten Jahrgänge beendet ist, soll mit der Entlassung der in den Jahren 1890 bis 1891 Geborenen und mit der Aufstellung besonderer Arbeitsabteilungen aus den Jahrgängen 1889 bis 1891 begonnen werden, denen dann ein Urlaub bis zur Entlassung zu gewährt ist. Wenn in dem Augenblick, wo der Abtransport der vorhergehenden drei Jahrgänge beendet sein wird, die Kriegslage eine weitere Verminderung der Armee zulasse, hoffe der Arbeit- und Beschäftigungsrat, wenn die Transport- und politischen Verhältnisse dies zulassen werden, im Laufe der nächsten vier Monate, d. h. noch Möglichkeit zu den Frühjahrsarbeiten, die abgenommenen Jahrgänge zu befreien. Dann wird im Frühjahr 1921 die Sowjetregierung über die Frage der weiteren Entlassung der Jahrgänge 1892 und 1893, und aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Jahrgänge 1894 und 1895 zu entscheiden haben, deren Lösung von den internationalen Verhältnissen abhängt.

Luxemburg und Moskau.

Frankfurt a. M., 5. Januar. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Luxemburg meldet, hat der luxemburgische Sozialdemokratische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß an die Dritte Internationale angenommen. Die Extremisten, die mit 21 Stimmen den bedingungslosen Anschluß beantragt hatten, traten aus der Partei aus und bildeten eine neue: die kommunistische Gruppe Leninischer Richtung. Klara Zetkin erschien auf dem Parteitag und trat für den bedingungslosen Anschluß ein.

Lügen über Georgien.

Über Batum werden systematisch und unaufhörlich Lügen nachrichten verbreitet (s. V. das gestrige Telegramm des „Daily Express“, es sei dort die Republik proklamiert worden). Diese Lügenfabrikation wird von drei Stellen betrieben: von den roten Telegrammagenturen der Moskauer Weltbegleiter, von den schwarzen Chronikern der russischen Reaktionspresse und von den gelben Reaktionsblättern der englischen Imperialisten. Alle haben sie ein ganz besonderes Interesse an der Irreführung der öffentlichen Meinung über Georgien, denn dieses freie demokratische Land, das weder bolschewistisch noch zaristisch sein möchte, ist ihnen allen ein Dorn im Auge — besonders dem Berliner russischen, reaktionären „Mittelblättern“, „Ruf“, das in Sozialistenkreisen und unzüchtiger Beschimpfung der georgischen Sozialdemokratie den Gipfel der Vödschickheit erreicht hat. Georgien lebt und arbeitet und kämpft für seine Freiheit, die es auch erhalten wird!

bei einer zeitlich getrennten Abstimmung werden selbst die vorgeschlagenen Vorkehrungen wie z. B. die Verhinderung der Wahlurnen für die Zwischenzeit, nicht verhindern können, daß Teilsergebnisse der ersten Abstimmung vorzeitig bekannt werden und dadurch die zweite Abstimmung beeinflussen. Ueberdies kann bei den gegenwärtig in Oberschlesien herrschenden Zuständen eine vollkommene Sicherung sämtlicher Wahlurnen kaum gewährleistet werden. Unter solchen Umständen aber würde das Geheimnis der Wahl preisgegeben und einer unterschiedlichen Bewertung der Stimmen, die im Widerspruch mit dem Friedensvertrag steht, Tür und Tor geöffnet werden.

Dazu droht eine weitere Gefahr: Die Alliierten Regierungen erkennen es mit Recht als ihre besondere Verpflichtung an, Ruhe und Ordnung bei der Abstimmung zu erhalten. Daraus ergibt sich aber vor allem, daß Abstimmungsbeeinträchtigungen durch Einschüchterung in der Abstimmung behindert werden. Diefem Gebot der Verantwortung ist wohl auch der Vorschlag einer Abstimmung der nicht Eingeweihten im besetzten Gebiet entgegenzusetzen. Wenn jetzt statt dieser dringenden Trennung eine zeitlich befristete wird, so wird damit die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs vermindert, sondern vielmehr geschwächt. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daransetzen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zureichenden Oberbefehlshaber beeinträchtigen zu lassen. Die letzteren werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen entgegenzutreten sein. Die Beforgnis vor Gewalttaten ist um so begründeter, als es bis jetzt nicht gelungen ist, dem terroristischen Verbrechen ein Ende zu machen. Die letzten werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen entgegenzutreten sein. Die Beforgnis vor Gewalttaten ist um so begründeter, als es bis jetzt nicht gelungen ist, dem terroristischen Verbrechen ein Ende zu machen.

Die Deutsche Regierung betrachtet die Gewährleistung einer wirklich freien, unbeeinträchtigten und geheimen Abstimmung in Oberschlesien als eine Lebensfrage für das deutsche Volk und glaubt Anspruch darauf zu haben, daß diese Frage in diesem Sinne zweifelsfrei gelöst wird. Sie mühte daher zwar nach reiflicher Erwägung aus den angeführten gewichtigen Gründen den von den Alliierten Regierungen eingeschlagenen Weg für ungangbar erachtet, erklärt sich aber gleichzeitig nochmals ausdrücklich bereit, ihrer Ansicht nach zweckmäßigere Vorschläge zur Sicherung der Abstimmung zu machen und mit den Beteiligten zu erörtern. Da der bisherige schriftliche Weg zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis nicht geführt hat, so erlaubt sie sich erneut, eine mündliche Verhandlung der so überaus wichtigen Frage anzubieten, damit eine Lösung gefunden wird, die die Abstimmung wirklich zu dem von dem Friedensvertrag gewollten und von allen Beteiligten anzuerkennenden Volksergebnis führt. Daniel.

Weiteres aus dem Abstimmungs-Reglement.

Denken, 3. Januar. (W.B.) Aus den amtlichen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien ist aus den letzten Artikeln noch folgendes hervorzuheben: Artikel 34: Die Legitimationkarte gilt als Stimmkarte für die gebürtigen Bewohner. Die in Oberschlesien geborenen, aber dort nicht wohnhaften Personen werden zur Abstimmung zugelassen nach Vorzeigen ihrer Stimmkarte, die ihnen gemäß Artikel 23 vom paritätischen Ausschuss ausgestellt wird. Nicht gebürtige Bewohner haben als Legitimationkarte die Stimmkarte vorzuzeigen. Die Stimmkarten werden ausgehändigt, sobald die Eintragung als endgültig anzusehen ist.

Die letzten Artikel des Reglements enthalten Strafbestimmungen für Nichtausübung anvertrauter Funktionen, Urkundenfälschungen, wiederholtes Wählen eines Abstimmungsberechtigten und Anstiftung hierzu usw. Die angedrohten Strafen sind sowohl Gefängnis- wie Geldstrafen sowie Ausweisung.

Erleichterungen und Vorteile irgendwelcher Art bei der Abstimmung sind nur gestattet, wenn sie beiden Teilen in gleichem Maße zugute kommen.

Neues von Theodor Fontane.

Der Gemeinde der Fontane-Berecher sind neue Verse und neue Briefe, begleitet von humorvollen Zeichnungen aus dem künstlerisch hochbegabten Fontaneischen Freundeskreise, besichert worden. Dem Familienleben im engeren und weiteren Sinne gelten sowohl die in Prosa geschriebenen wie die gereimten Beiträge, und die Offenheit, mit der der Dichter über sich und die Seinen urteilt, zeigt die absolute geistige Größe dieses Mannes, der ohne Protektion seinen Weg ging, trotz seiner aristokratischen Weltanschauung nicht nach oben sah und die Mitmenschen nach ihrem wahren Werte einschätzte.

Wie prächtig ist das seinem Sohne gespendete Lob über den „Jug liebendwürdigen Tolernanz, der an die hellen Geister des vorigen Jahrhunderts erinnert“. Ach ja — die hellen Geister des 18. Jahrhunderts hoben an der Wiege des Menschen Fontane Parte gestanden: ihr kritischer Sinn ist ihm in allen Lebenslagen die Richtschnur für sein Handeln gewesen. Das Bewußtsein, nützliche Arbeit zu leisten, hat ihn hierbei ebenfalls gute Dienste geleistet. „Und wenn ich“ — so schreibt er an seine Gattin — „auf dem Londoner Plakat (von wo er bekanntlich in den fünfziger Jahren für die Regierungspreffe beruhte) auch nicht den Grundstein finde, worauf ich das aufbauen kann, was man eine „Zukunft“, eine dreimal unterbrochene, eine Zukunft mit Nachdruck nennt, so ist es doch außer allem Zweifel, daß ein mehrjähriger Aufenthalt hier selbst meiner simplen, mag unterirdischen Zukunft in irgendeiner Weise zugute kommen muß.“ Und er fügt gleich hinzu: „Du weißt, daß ich ein beneidenswertes Talent habe, den jedesmaligen Verhältnissen, in denen ich mich befinde, ihre gute Seite abzugewinnen.“

Dieser besonnene Optimismus hat ihn namentlich der jüngeren Generation lieb und wert gemacht; wir, er im Alter Optimist genug war, um in Soupainmanns „Vor Sonnenuntergang“ das freigelegte Reine zu spüren und zu verkünden, bei ihm die Herzen einer Generation gewonnen. Und die Generation, die seitdem gekommen ist, würde sich nur ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn sie den Künstler Fontane nicht gelten lassen wollte.

Das „über den Dingen stehen“, das ja auch die Romane so lebenswert macht, spricht sich in den Briefen am deutlichsten aus. „Das meiste in der Welt ist Schwindel, und der öffentliche Schwindel schon ganz gewiß. Es kommt auf ganz andere Dinge an.“ (An seine Schwester Lisa). — „Natürlich bist Du Herod; wie könnt es anders sein, sind es die Herren Eltern doch auch. Aber ich sehe darin kein besonderes Unglück; bin ich doch für meine Person 62 Jahre alt dabei geworden, und das ist doch, aller Nervosität ungeachtet, im wesentlichen das was Leben gibt, was andere Leute davon zu haben pflegen, und auch noch ein bißchen mehr“ (an seine Tochter Meta).

Und wie prächtig ist folgende Werkcharakteristik im Briefe an seine Mutter: „Wie gefällt Dir die Martha? Nicht wahr, sie hat ein feines lebenswürdiges Wesen? Nicht sein in jenem Salonstille, wo es auf Taille und Ansehen und Feigen ankommt, sondern fein in Herz und Gemüt.“ Das sind Stimmungen und Reize aus den Romanen: im Alter stellt sich naturgemäß Reife ein. Im Jahre 1864 schreibt er: „Ich bin alt, liebe ganz

Sind Hergt und Löbbeck auch Schieber?

Eine notwendige Anfrage an die deutschnationale Partei.

Was wird geschrieben: Nachdem sich vor dem Essener Gericht die von der deutschnationalen Presse zur Agitation weitläufig ausgenutzte Behauptung, die Minister Svering und Doernich haben zwei Waggonen Kakao verschoben bzw. 32000 Mark Schmiergelder bekommen, als nackte Verleumdung erwiesen wurde, um die Niederlage zu verdecken, behauptet: es handelte sich um ein Versehen, der eigentliche Missetäter sei der frühere Minister des Innern, Genosse Heine, gewesen. Genosse Heine hat bereits öffentlich auf diese Verleumdung geantwortet und festgestellt, daß es sich um Kakao handelte, der für Beamte bestellt worden sei. „Wie auch andere Behörden,“ so erklärte Genosse Heine, „hatte das preussische Ministerium des Innern sich bemüht, für seine Beamten und die Beamten der inneren Verwaltung in Berlin Lebensmittel, die dem freien Verkehr unterliegen, zu beschaffen.“ Trotzdem hört die deutschnationale Presse nicht auf, Genossen Heine der Schieberei zu bezichtigen und diese Beschaffung als unerhört hinzustellen.

Deshalb sei darauf hinzuweisen, daß die Einrichtung der Beschaffung von Lebensmitteln für Beamte nicht eine Ertragsquelle der Republik ist, sondern schon aus der Kriegszeit stammt. Der frühere Minister des Innern v. Löbbeck hat z. B. durch Erlass vom 27. Januar 1917 die Benutzung der Diensträume und Verwendung der Dienststunden für Zwecke der gemeinamen Versorgung der Beamten mit Gegenständen des täglichen Bedarfs in solchen Fällen gestattet, in denen davon eine wesentliche Erleichterung der Lebenshaltung der Beamten und ihrer Familien während der Kriegszeit erwartet werden kann. Eine Beschränkung dieser Erlaubnis wurde nur insoweit ausgesprochen, als eine Veranschlagung der dienstlichen Interessen nicht zu erwarten sei. Der Erlass ist an sämtliche Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw. ergangen.

Ferner haben am 25. Oktober 1918 der Finanzminister Hergt (jetzt Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei) und der Minister des Innern Drews in einem an sämtliche Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten ergangenen Erlass die nachgeordneten Behörden angewiesen, die auf gemeinsamen Bezug der sogenannten „freien“ Lebensmittel gerichteten Bestellungen der Beamten nach Kräften zu fördern und den Beamtenbezugsvereinigungen jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Der Finanzminister Hergt hat gleichzeitig genehmigt, den Vereinigungen im Bedarfsfalle zur Stärkung ihrer Betriebsmittel rückzahlbare Vorwischüsse in Höhe von einigen tausend Mark zu gewähren.

Wir sind neugierig, ob Herr Hergt, der jetzige Führer der Deutschnationalen Partei, in seiner Presse auch mit Veranschlagungen von Lebensmitteln in Verbindung gebracht werden wird.

Der 18. Januar in Preußen.

Ueber die Feier des Reichsgründungstages trifft, wie W.B. mittelt, nachstehender Erlass des preussischen Unterrichtsministers Bestimmung:

Am 18. Januar sind fünfzig Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen haben. Dieser Tag soll in allen Schulen würdig und einträchtig durch eine dem Ernste der Zeit entsprechende Schlichte und stille Feier begangen werden.

Ueber alles Trennende der Meinungen hinaus ist im deutschen Volke das Bewußtsein seiner Einheit lebendig. Die Gedenkfeste des 18. Januar wird daher nur dann der Bedeutung des Tages gerecht werden, wenn sie aus dem Empfinden unseres gesamten Volkes heraus gestaltet wird. Jede Ausnutzung der Feier zu parteipolitischen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, ist daher unbedingt zu unterlassen.

Angefaßt unserer innern und äußeren Lage spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß in diesem Sinne von allen beteiligten Stellen verfahren wird.

Der Unterricht fällt an diesem Tage nicht aus.

Wir fürchten, daß die deutschnationalen Pädagogen trotz aller Mahnungen den Erlass in ihrem Sinne auslegen werden. Aber wir schlagen folgendes Auskunftsmitel vor, dem auch die Deutschnationalen zustimmen werden: Am 18. Januar möge von allen preussischen Schulkathedern das Verlesen werden, was der Hauptchriftleiter der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“ Max Maurer in hervortragend objektiver und sachlicher Weise über die Reichsgründung in seinem Buch „Die Hohenzollernlegende“ (Verlag: Buchhandlung Vorwärts) geschrieben hat.

Eine unverständige Anklage.

Ein Prekoprozess von allgemeinem journalistischen Interesse hat seinen Ursprung in der 2. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Aufreizung zum Mord war der Redakteur der „Freiheit“, Leo Liebschütz, angeklagt. Als der Verlesung der Unabhängigen in Halle besprochen, wurden in der „Freiheit“ verschiedene Artikel für und wider den Anschluß an die Dritte Internationale veröffentlicht. Unter anderem hatte Walter Stöcker (jetzt Kommunist) unter ausländischer Kennung als Verfasser eine Serie von Artikeln veröffentlicht, die sich gegen die von der „Freiheit“ vertretene Ansicht für den Anschluß an die Dritte Internationale aussprachen und anführten, daß die weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit kein Kartenspiel, sondern ein harter Kampf zwischen Klasse und Klasse und es deshalb Pflicht der Partei sei, die Diskur des Proletariats klar und laut in die Arbeitermassen hineinzurufen. Der vierte Artikel Stöckers dieser Art hat Anlaß zur Erhebung dieser Anklage gegeben. Der Angeklagte hielt letztere für gänzlich unbegründet. Er sei durch Parteibestellung von den Inhabern der Zeitung verpflichtet gewesen, jeden Artikel des Stöcker ungeselben anzunehmen, soweit er die Auseinandersetzung mit der Partei in Sachen der Dritten Internationale betraf. Der Artikel bekämpfte in gerade die Haltung der „Freiheit“, er beschränkte sich auf

rein theoretische Erörterungen

und trage überdies den Namen des Verfassers am Kopfe. — Der als Sachverständiger geladene Oberstaatsanwalt Ruske äußerte sich dahin: Man müsse den Artikel im Zusammenhang mit der ganzen damaligen Situation betrachten und sich fragen: wie wirkt der Artikel auf den regelmäßigen Besucher der Zeitung. Da kann man ihn nicht auslösen als Aufsatz zu einer besonderen Aktion, sondern als rein akademische Auseinandersetzung über die Frage des Anschlusses an die Dritte Internationale. Ein Artikel in vier Fortsetzungen, der noch dazu recht langweilig war, kann keine Wirkung auf die Massen ausüben. Diese Anklage habe in journalistischen Kreisen allgemein übersehen, weil hier

ein politischer Gegner des eigentlichen Täters

für dessen Handlung verantwortlich gemacht werde. — Neulich äußerte sich der als Zeuge und Sachverständiger betretene Oberstaatsanwalt der „Freiheit“, Dilschding. — Der Staatsanwalt beantragte das Schuldbild und eine Geldstrafe von 300 R. — Die Rechtsanwältin Dr. Kurt Rosenfeld und Rönheim beantragten dagegen die Freisprechung. Ersterer führte u. a. aus: Der Prozeß habe eine besondere Bedeutung, weil hier zum erstenmal in der Geschichte der politischen Prozesse ein Redakteur wegen des Bekennnisses zu einer Anklage, die er gar nicht vertritt, verurteilt worden soll. Selbst

der „Vorwärts“

lasse die Anklage nur damit erklären können, daß sich in Berlin ein Staatsanwalt befindet, der entweder nichts zu tun hat oder so überarbeitet ist, daß er nicht mehr recht weiß, was er tut. Rechtsanwältin Rönheim bestritt die Anwendbarkeit des § 130 St.G.B. — Der Gerichtshof kam zu der Entscheidung, daß der Angeklagte nicht als Täter im Sinne des § 30 des Prekoprozesses zu bestrafen sei. Da er durch Parteibestellung gezwungen war, die Stöckerischen Artikel anzunehmen, sei ein vorläufiges Handeln von vornherein zu verneinen und es könne nur Fahrlässigkeit in Frage kommen, aber auch diese sei verneint worden, weil im Sinne des § 21 Abs. 2 der eigentliche Täter angegeben worden und bekannt war. Es erfolgte deshalb die Freisprechung.

weltgeschichtlich... jeden Abend gehe ich eine Stunde lang in der Tiergartenstraße spazieren, das ist mein Zusammenhang mit der Welt.“ Und poetisch spricht er sich so aus:

Herbst.

Ich hemme den Schritt, ich hemme den Lauf.

Erinnerungen ziehen herauf,

Erinnerungen ziehen mich an.

Haben es wohl auch sonst getan.

Nur eine hält nicht mehr damit Schritt:

Lebende Zukunft geht nicht mehr mit.

Das als dritter Band der Litten-Drucke zur Ausgabe gelangte Werk „Theodor Fontanes engere Welt“ ist vom Herausgeber Dr. Mario Kramer und dem Verleger Arndt Collignon mit Liebe und Sorgfalt ediert worden.

Technischer Wunderglaube. Durch einen Teil der Presse, der es mit seiner Verantwortung nicht allzu genau nimmt, sind in den letzten Wochen Nachrichten über eine geheimnisvolle Erfindung eines Herrn H. v. Urnub verbreitet worden, mittels der es gelungen sein sollte, die vielberufene Spaltung der Atome zu vollziehen. Es ist sogar über die Durchführung des Wunderwerks berichtet worden; leider wurde aber kein Einblick in den Kräfte spendenden Kasten gestattet. Und so hatte es auch keinen Zweck, Restime für etwas zu machen, was niemand kontrollieren kann. Dipl.-Ing. Lohvitz nimmt zu dem gleichen Thema in der „Frankf. Ztg.“ das Wort und sagt u. a.:

„Erläutern nur Berliner Wäcker darüber, jetzt blüht die Wunder schon in langen Reihentouren der Provinzpresse auf. An der Tatsache, daß bei der Atomspaltung Kräfte auftreten, und daß diese ganz gewaltige sind, zweifeln wir seit den Forschungen von Rutherford nicht mehr. Wenn es Herrn v. Urnub gelungen ist, diese Kräfte zu fassen, in eine gewollte Bahn zu lenken, zu verwandeln und zu verwerten, dann hat er eine geniale Tat vollbracht. Aber wenn Herr v. Urnub eine so geniale Leistung vollbracht hat, dann wird er sich dessen zuerst bewußt sein und dann kann er seine Erfindung nicht so probieren, wie es geschehen ist. Was bisher in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist so unwissenschaftlich, so untechnisch und so unklar, daß es von vornherein den Stempel des Bluffs auf sich trägt und nach überflüssiger Reklame ausbleibt. Wenn Herr v. Urnub solche Vorstellungen seiner Erfindung zuläßt, wenn er sie nicht umgehend richtigstellt, so kann man ihn nicht ernst nehmen, so ist er nicht der bewußte und geniale Erfinder, als den ihn seine schlechten Freunde in der Presse darstellen.“

Die Schuld trägt leider wieder einmal die sensationslüsterne Presse, die aus Furcht, zu spät zu kommen, unheilbare Märchen in die Welt setzt und zur technischen Schlarlatanterie ergiebt.

„Die Gezeichneten“. Erstaunlicherweise an der Schauspielerei. Die Premiere dieses schwebig unvorhergesehen und mit äußerster Hingabe an Kraft und Intelligenz vorbereiteten Werkes von Franz Schreier verlief unter der Wärme eines Erfolgers, der zur engeren Gemeinde des Wiener Reizlers eine Berliner Gefolgschaft hinzu erwarb. Sicher aber schwebte das Werk eines gewöhnlichen unvorhergesehenen Publikums auch zwischen Interesse und Mißgünstigkeit. Dazu trug vor allem die Schwerverständlichkeit des Textes und eine

gewisse Monotonie der spezifisch Schreierischen Musik bei. Ohne Zweifel ist dieses Musikdrama die ungewöhnliche Leistung eines ungewöhnlichen Mannes, der als Verantwortlicher des komplexierten jenseitigen Orchestermechanismus im modernen Deutschland ohne Konkurrenz dastehen dürfte. Im tiefsten Sinne interessant an Klang und Farbe, zeigt die Partitur bei aller Reiztheit ihrer Schärfe keine starke Struktur, kein ausgebautes, großzügig gezeichnetes Themengerüst. Das hätte aber auch das subtil empfundene erotische Problem eines so vollkommenen, musikalischen, effektvollen Künstlerischfalls gut getragen. Die Welt in den „Gezeichneten“ die alle Opernart in modernem Gewand wiederkehrt, wie weit aus ihren nur partiellen zwingenden Phrasen und Notizen ein ferner Klang von Zukunft und Reizung weht, wie stark die persönliche Form des dramatischen Stiles und wie problematisch so manche Periode des ideologischen Kontextes wirkt, das sei in ruhiger Stunde untersucht. Dem Werk waren Stiedry, der fürstliche Kapellmeister, Schlaus aus und Armiter hingebungslos bewachte Helfer. Reine, auch die kleinste Rolle nicht, war nur beiläufig besetzt, und Josef Kautz wie Barbara Kemp ragten aus dem Reiztum des Ensembles hervor wie zwei strahlende Sonnen unter Planeten. K. S.

Ein elektrisches Druckverfahren. Vor kurzem ist nach einem Bericht in „Natur und Technik“ ein Verfahren zum Druck bestimmter, insbesondere wiederkehrender Schriften patentiert worden, bei dem der Druck ohne Verwendung der Farbe unmittelbar auf elektrischem Wege hergestellt wird. Die Druckflächen werden aus lauter einzelnen Lettern zusammengelegt, die den einen Pol des Stromkreises bilden. Auf die so entstandene Druckfläche wird das Papier gelegt und darauf kommt der Gegenpol, der aus einer Platte oder ebenfalls aus einzelnen Lettern bestehen kann. Das Drucken selbst wird durch Schließen des elektrischen Stromes bewirkt und kann auf elektrochemischem Wege durch Färbung bestimmter Salze im angelegten Papier oder auf elektrostatistischem Wege durch Lokung des Papiers erfolgen.

Theater. In Abänderung des Spielplanes wird im Neuen Volkstheater Freitag und Sonnabend „Pericles von Tyrus“ aufgeführt.

Franz Schreier wird an Stelle des erkrankten Dr. Stiedry in der ersten Wiederholung „Der Gezeichneten“ die musikalische Leitung übernehmen.

Vorträge. Prof. Ekart Fischel wird im Saal von Paul Cassirer, Victoriastr. 35, am Montag, d. 10. und den folgenden Abenden des Monats, abends 8 Uhr, die Sittungsbedingungen der Schaubühne in zwei Jahrtausenden besprechen. — Dr. Ernst Cohn-Wiener spricht über „Grieco und Brunwald“ (mit Lichtbildern) Freitag, 8 Uhr, in der Aula Sibelstr. 2/4. Eintritt frei.

Die Festung-Hochschule beginnt am 10. Jan. ihre neuen Vorlesungen. Eine Sonderveranstaltung: „Die Einsätze von Weichens bis Bahler“ bringt 6 Konzerte mit dem Bläser-Orchester. Einführung von Ernst Weichens.

Theaterkritik. In Wien hat sich ein Theaterkritik gebildet, dem n. a. auch das Theater „An der Wien“, das Stadttheater und Ronacher-Theater angehört. Der Text soll auch das Berliner Metzger-Theater (7) sowie einige andere Theaterunternehmen in Warschau und Mailand angeht haben.

Groß-Berlin

Dank an die Dänen.

Die Weihnachtsfeier der dänischen Kinderhilfe...

Die Teilnehmer blieben noch lange bei Vorträgen...

Das Ortsgesetz für die Bezirksamter.

Der am heutigen Nachmittag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung...

Im seiner Begründung der Vorlage betont der Magistrat...

Neufünf habe mit Veit 18 besoldete und 18 unbesoldete...

Nach § 2 des Ortsgesetzes ist demnach für die einzelnen Verwaltungsbezirke folgende Besetzung vorgesehen:

Table with 3 columns: Verwaltungsbez. 14., Besoldete, unbesoldete

An Gehalt sollen bezogen vom Tage des Dienstantritts...

Dieser Entwurf dürfte von der Stadtverordnetenversammlung...

Gegen den Radau auf der Stadtverordnetentribüne.

Eine von Vertretern aller Fraktionen beachtete Besprechung...

Es besteht jedoch kein Zweifel, daß wenn sich derartige...

Im Interesse eines sachlichen Arbeitens in der Stadtverordneten...

Wegen schweren Raubes verhaftet

Wurden in Neufünf an freier Tat der 28 Jahre alte Küster...

Seller betrat sie und Hausbewohner und andere Leute...

Verlegung der Geschäftsräume des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin.

Die Geschäftsführung des amtlichen Schlichtungsausschusses...

Die Rechtsauskunftsstellen für Arbeiter- und Angestellten...

Neuregelung der Biersteuer.

Der Steueraussschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung...

Bezirksbildungsausschuß.

Geöffnet von 9-4 Uhr, Donnerstags von 9-1 Uhr und 4-7 Uhr.

Sozialistische Bildungsschule: Der Unterricht in der Vortragsreihe...

Einführungabend: Am Sonntag, den 9. Januar, abends 7 Uhr...

Die Milchlieferung: Für den 6. und 7. Januar tritt folgende...

Die angegebene Belieferung besteht sich nicht auf die seit dem...

Wollfleisch soll in nächster Zeit verhältnismäßig bei einem...

Totgefahren: Die sechsjährige Hertz Strähle wurde gestern...

Gasvergiftungen: Der 72jährige Schneidermeister Wilhelm...

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

Ich glaube nicht, daß sie meinem Gehört etwas tun...

Wir machen's so, daß du nichts hörst.

Ich hör's.

Juha sagte die Worte mit solcher Bestimmtheit...

Man hätte gar nicht kommen und euch fragen sollen.

Ihr hättet es machen können, wie ihr wolltet...

Es ist doch schlimm... nun geben sie uns gewiß durch.

Und weg gingen die Männer, indem sie sich hinter...

Sollte man nicht doch hingehen und die Männer...

Das tun sie nicht, da sie einmal gefragt haben.

Aber sie können ihnen nachgehen und sie jenseits...

Da mögen sie tun, was sie wollen. Und sie können...

Aber geh doch und warne sie!

Du bist ja richtig... richtig schön.

Richtig schön, wie ich's nur kann.

Die haben nichts zu fürchten... aber ich kann so gehen.

Das war lange her, daß Marja ihn so gebeten hatte...

Er erhob sich und wollte hinausgehen, als jemand...

Da ist er jetzt! rief Marja.

Wer?

Na, der Mann von vorhin.

Geroin kam ein schlanker, schwarzbärtiger junger Mann...

so lang, daß er sich in der fast zweimal so niedrigen...

„He, da ist ja der Wirt!“ sprach er. „Gut ins Haus!“

„Boher kommt ihr denn?“ fragte Juha.

„Wenn ich dir sagen wollte, woher ich komme, Wirt, dann...“

„Etwas könnte ich wohl ablassen, wieviel soll es denn...“

„Füll mir die Sade hier, das wird für diesmal genügen.“

„Und er warf die Sade vor Juha hin, während er seine Blicke...“

„Sieh nach, sieh nach!“

„Soll ich sie jetzt gleich füllen?“

„Ja, gleich,“ er murmelte Marja immer noch.

„Kann man die Finger nicht das Stückchen Weg tragen?“

„Dann füll du die Sade, ich hole mittlerweile meine...“

„Daß sie bei ihren Booten, ich werde dir schon tragen...“

„Dann ist's gut!“

Juha nahm die Sade und ging, um sie zu füllen.

Der Fremde hatte zu Juha gesprochen, Marja angesehen...

„Wer bist du denn? Die Ragd?“

„Sehe ich so aus?“

„Vorhin in deinen Restumpfen sahst du wie eine Leib-...“

eigne aus, bist aber wohl die Tochter, oder bist du die...

„Vielleicht bin ich sogar die Frau. Wäre ich als Frau...“

„Dem seine?“

„Jawohl.“

„Der ist dein Mann, der —?“

„Ja.“

„Deiner?“

„Ja, meiner! Was ist denn dabei — daß du so fragst?“

Der Fremde schwenkte die Hand.

„O je, ist zu alt für dich. Du bist zu hübsch und zu fein...“

„Den alten Kerl? Wart, bis du siehst, was für einen...“

„Das Arummbein, das Hofeninn! Aber dich habe ich...“

„Du bist wohl die — ja, die bist du — derselbe Kopf, dieselbe...“

„Ja? Wann?“

„In vorvorigen Sommer, vor drei Sommern. Du standest...“

„Sitzt dich — splitternack — ich bin im Boot an dir vorbeigefahrt!“

„Das bist du gewesen?“

„Wenn ich meinen Kahn hätte anhalten können, hätte ich...“

„Sätest du?“

„Ja. Wäre ans Land gekommen, hätte dich, mit der einen...“

„Nur so hineingeschungen? — Du bist ein Großhans, wer...“

„Wirst du nicht, wer ich bin, junge Wirtin?“

„Das Gesicht verrät es nicht.“

„Gast du nicht von Schmeiffa aus Ustua reden hören?“

Er streckte sich, reichte sich, verfränschte die Arme...“

„Wer vertrat Marja nicht den Weg, fesselte sie mit den...“

„Augen, wo sie — die Hand am Pfosten der Eisenbank — stand.“

(Fortl. folgt.)

Kaum glaublich!

sind die zurückgesetzten enorm billigen Preise
in unserm

Inventur-Ausverkauf



Einige Beispiele:

Wash-Bluse aus mitliertem Leinen flotte Kimonoform	9 ²⁵	Seiden-Kleid aus reinesidenerm Duchesse mustelne	245 ⁰⁰
Wash-Bluse aus weißem Batist oder Votie	29 ⁵⁰	Flausch-Mantel aus gutem wolligen Stoff	125 ⁰⁰
Hemd-Bluse aus feinem Zephr oder gewebtem baumwollenen Flanell	39 ⁵⁰	Wetter-Mantel aus feinen imprägnierten Stoffen	165 ⁰⁰
Seiden-Bluse aus reiner Seide in vielen Farben	78 ⁰⁰	Pelzgefütterter Mantel ganz auf Pelz gefüttert	375 ⁰⁰
Morgenrock aus molligem Eiderdaunstoff	89 ⁰⁰	Sport-Jacken reine Wolle, früher bis 750.— M.	175 ⁰⁰
Kleider-Rock aus praktischen dunklen Stoffen	19 ⁵⁰	Jacken-Kleid aus marine oder farbigen Wollstoffen	275 ⁰⁰
Damen-Hemd oder Bekleid	29 ⁵⁰	Kinder-Kleider aus Waschstoffen, alle Größen	17 ⁵⁰
Woll-Kleider elegante Ausführungen, früher bis 1250.— M.	490 ⁰⁰	Kleider-Röcke aus reinwoll. Stoffen, früher bis 550.— M.	175 ⁰⁰

Änderung, Zusendung und Umtausch ausgeschlossen.

Maassen G. m. b. H.

Oranienstr. 165 Leipzig Leipzig

Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß am Dienstag abend 7^{1/2} Uhr nach kurzen Krankenlager mein hingstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater und Schwiegervater

Hermann August Hapke

im Alter von 55 Jahren verschieden ist. Die tiefbetrübten Hinterbliebenen

Ww. Rosa Hapke, geb. Zschlegner
Hugo Hapke und Frau Elisabeth
Margarete Hapke
Erna Hapke
Charlotte Hapke
Erhardt Hapke.

Berlin O. 112, Neue Bahnhofstr. 29.

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 8. Januar, mittags 1 Uhr, am Krematorium Baumachulenberg statt.

Homöopath. Institut !!! Geld !!!

Geschlechts-, Haut-, Harnleid, Fäulnis, Urinverengung, frische u. alte Fälle, Schwellen, sich schmerzlos Spezialien, 30 jähr. Franz. Harder, Friedrichstr. 112b Oranienb. Tor. Sp. 9-2, 1-3.

ist jede Blennorrhoe, Schichte, Infektionskrankheiten für Blasenentzündungen, Gicht, Rheumatisches, Trigonitis, Blüthen, Woll, Friedrichstr. 41 III. Gdr. Röhler.

Zur Ball-Gesellschafts-Saison

— Hocheleganter — Frack —
Smoking — Cutaway — Gehrock

wird hergestellt aus allen

Militär- und Zivilstücken . . . in 6 Tagen

sowie

Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten von Herren- u. Damengarderobe in 3 Tagen

Unmoderne Damenkostüme werden in 3 Tagen in moderne Formen umgearbeitet.

Jeder Artikel wird gefärbt in jeder Farbe in 3 Tagen

Trauersachen in 24 Std.

Fertige Ulster M. 950.— an

Fertige Sacco-Anzüge M. 1450.— an

Gr. Original engl. Stoff-Auswahl.

Ludwig Basch

Zentrum 7119. Zentrum 7119.

Friedrichstr 68. I

Hämorrhoiden · Stuhlträgheit

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche ärztliche Druckschrift Dr. Gebhard & Cie., Berlin 217, Potsdamer Straße 104d.

Danfugung.

Für die heftige und zahlreichste Beteiligung und reichlichen Kranke bei der Überwindung unserer lieben Frau

Klara Pfeiffer

lege ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie der Direction des öffentlichen Gesundheitswesens, der Abordnung des Gesundheitswesens, dem Sparg- und Lotterieverein „Edel mit Gold“ und den Mitgliedern des Bundes meinen herzlichsten Dank.

Paul Pfeiffer, Schmitzstr. 15, 15.3a, Hausbahnstraße 2.

Selt 70 Jahren ist

San-Rat Haussalbe

Dr. Strahl's Hautausschlag, Flechten, Beig- u. Krampfadergeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bewährtes und schnellheilendes Mittel.

Orgel-Dose 6,25 u. 12,00 M.

Elefant-Apothek., Berlin 213 SW, Leipziger Str. 71 Dönhofpl.

Kupfer

Messing, Zinn usw. Quecksilber, Zahngebisse, Platin-, Gold-, Silberbruch, kauft

Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72.

Cognac,

deutsche kritisierte Gebrüder, echt französische Cognac, Jamaica-Rum, Cifore, garantiert in jeder Beziehung, Portwein, Biologie, Terragano, Bordeaux- und Rhein-Weine, Wein- und bunte Weinlese für Cafés und Restaurants.

Bernhard Brauer, Weintrauben Berlin SW 68, Friedrichstr. 207, am Zentrum 840, Filiale: Invalidenstr. 111.

Sanolin- und Badeseife

Doppel-Riegel Stück 3,50 63/6

M. B. Kiwi, Berlin SW 68, Friedrichstr. 204.

Inventur-Ausverkauf

Herren-

Schlaf- Klei- Speise- Möbel

Zimmer

Kramer & Küster G. m. b. H.

Möbelhaus ersten Ranges

BERLIN N, Gartenstraße 52, am Gartenplatz und Stettiner Tunnel. 173/3

Zinn! Lötzinne! Weißmetall! Kupfer! Messing! Nickel! Aluminium! Zink! Salpeters. Silber! Quecksilber! Stanniolpapier! Flaschenkapseln! Stanniolpapier! Flaschenkapseln! Stanniolpapier! Flaschenkapseln!

Zahngebisse, Zahn b 100-Platinabfälle! Goldbruch bis 40,— Silberbruch bis 1,20 nach Kurs.

Gilbstrumpfsche bis 15,— kauft Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31. Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt!

Engelhardt - Brauerei

Aktiengesellschaft.

Die auf 18% für die Stammaktien festgesetzte Dividende gelangt gegen Einreichung der Dividendenaktien pro 1919/20 mit M. 150.— für die Stammaktien Nr. 1-6750, und mit M. 75.— (½ Jahr) für die Stammaktien Nr. 6751-9000 bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin und ihren sämtlichen Niederlassungen und den Bankhäusern Abraham Schlesinger und S. Simonson, Berlin, und Reinhold Steckner, Halle (Saale), von heute ab zur Auszahlung.

Berlin, den 4. Januar 1921.

Der Vorstand: Nacher.

Dr. med. Hollaender,

Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Harnleiden

Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berührung, Blutuntersuchung.

Auskl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2,50

Berlin W 8, Leipziger Straße 105 II, Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 187/4

Krause Pianos

zur

Miete

Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstenstraße

Tüchtige, selbständige

Werkzeugmacher, Schlosser, event. als Stollenführer,

Rundschleifer, Vertikalfräher, Revolverdreher

(Bewährt gelehrte Meister) mit guten Erfahrungen im Maschinenbau für unsere Werkzeugmaschinenfabrik gesucht. Schriftliche Angebote erbeten an

1102

F. A. Scheu

G. m. b. H., Berlin SW 87, Heuss Hof 20/25.

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Geöffnet 8-6 Uhr. Verkauf an jedermann. Bergstraße 29.

Straßenbahn-Verbindung: 7, 15, 47, 48, 22, 46, 94, P, C, I.

Stadtbahn-Verbindung: Ringbahnhof Neukölln.

Inventur-Ausverkauf

in allen Abteilungen ab: 3. Januar 1921.

Selten günstige Kaufgelegenheit.

Schuhreparaturen werden schnellstens u. allerbilligst ausgeführt. Nur bestes Kernleder gelangt zur Verarbeitung.

Stellenangebote

Tüchtigen Dreher

stellt sofort ein 1200

Erich Wohlfeil,

N 39, Reichstr. 85, Fabrik elektrischer Maschinen.

Parteilsekretär gesucht.

Der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei in Nordhausen a. S. sucht zu sofort einen Parteilsekretär. Selbiger muß zu seiner organisatorischen Tätigkeit den größten Teil der Zeit mit bearbeiten. Bewerbungen sind zu richten an **Willy Wendt, Nordhausen, Grimmelstraße 31.** 190/7

Leiser, Schmidstr. 24

sucht für die Abteilung

Schuhwaren

tüchtige, branchekundige

Verkäuferinnen

zum sofortigen Antritt. 21/10

INVENTUR-VERKAUF

Restbestände und Gelegenheitsposten

kommen in fast allen Abteilungen

ganz enorm billig zum Verkauf

- Ein Posten **Gemüsemesser** Stück **95 Pf.**
- Ein Posten **verzinnzte Esslöffel** Stück **95 Pf.**
- Ein Posten **Tischmesser u. Gabeln** **975 1250**
- Ein Posten Emaille-**Kasserollen** **350 425 500**
- Ein Posten Emaille-**Schmortöpfe** **550 650 950**
- Ein Posten Emaille-**Ringtöpfe** für die Wäsche **2450 2650 2950**
- Ein Posten **Brotbüchsen** Stück **3500**
- Ein Posten **Einkochapparate** Stück **3500**
- Ein Posten **Gaskocher** 2 Flammen Stück **4950**
- Ein Restposten elektrische **Schnellkocher** mit Schnur und Stecker **3500 4000**

3 Waggons Emaille

mit kleinen Fehlern, darunter:
Schmortöpfe, Kasserollen, Bratpfannen usw.

enorm billig

Restbestände vernick. und versilb. Waren

darunter: Kaffeeservices, Teemaschinen, Weinkühler, Bowlen, Butterdosen, Schalen, Teegläser usw., zu bedeutend ermäßigten Preisen

Eine grosse Anzahl Beleuchtungsgegenstände

darunter: Speisezimmer- und Herrenzimmer-Kronen, Schlafzimmerschalen, Ampeln für Gas und elektrisch Licht, ganz bedeutend herabgesetzt

Ein Posten Alumin.-Schmortöpfe 15500

mit Deckgl., 16 bis 24 cm Satz = 5 Stück

- Ein Posten **Gasschnellheizer** Stück **95 Pf.**
- Ein Posten **Ofenvorsetzer** Stück **475**
- Ein Posten **Scheuerbürsten** st. **90 Pf. 225 450**
- Ein Posten **Schrubber** Stück **95 Pf. 450 750**
- Ein Posten **Rosshaarbesen** Stück **1650**
- Ein Posten **Spülbürstenbleche** komplett mit Bürsten, St. **1250**
- Ein Restposten Emaille-**Toiletteimer** st. **2450 2650 2850**
- Ein Posten **Wäscheleinen** 30 m 40 m 50 m 60 m **725 975 1200 1450**
- Ein Posten elektrische **Plätten** für den Haushalt, 1 Jahr Garantie, mit Schnur und Stecker **9500**
- Ein Posten **Volksbadewannen** Stück **14500**

Reste und Abschnitte zu sehr vorteilhaften Preisen

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Die Gezeichneten. 8 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Die Journalisten. 7 Uhr.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Don Carlos. Frig. 7 1/2 Uhr: César u. Kleopatra.

Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Stella. Freitag, zum 1. Male 7 Uhr: Fiorinda. Hierauf: Der Abenteuerer und die Sängerin.

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 7 1/2 Uhr: Florjan Geyer (10. Abt. 2. A.) Frig. 7: Flor. Geyer (11. Abt. 3. A.)

Theater l. d. Königgrätzer Str. Täglich 8 Uhr: **Salome.** (Orska, Hartau, Liechtenstein, Veidt, Faerber, Dornburg.)

Komödienhaus Täglich 1/2 Uhr: Die **Sachem Lola** mit Max Pallenberg. Josefine Dora a. G., Ortrud Wagner, Picha, Haskel, Stieda, Kiper.

Berliner Theater 7 Uhr: Die spanische **Nachtigall** mit **Fritzi Massary** Hans Wassmann, Empp Sturm, Reinhold Pasch, Julius Brandt, Olga Engl.

Trianon-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: **Kammermusik.** Lustspiel von H. Ilgenstein. Carl Ciewing, Eugen Burg, Olga Limburg, H. Albers. Sonnabend 4. kleine Preise: **Hänsel und Gretel.**

Residenz-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: **Lady Windermere's Fächer** von Oskar Wilde. Hans Arnsfeldt, Adèle Sandrock, Carola Toelle, A. Korff. Sonnabend 4 U. kleine Preise: **Aschenbrödel.**

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Ein vorsichtiger Mann.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 6 1/2 Uhr: Nach Damaskus 2. u. 3. Teil.

Lessing-Theater. Heute bis Montag 7 1/2 Uhr: **Flamme.** (Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge, Pröckl.)

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7 1/2 Uhr: **Die Scheidungsreise** mit Max Adalbert und Trude Hosterberg. Sonnabend 3 Uhr: **Kinder-Vorstellung: Fitzlitz.**

Central-Theater 7 1/2 Uhr: **Frau Bärbel** (Operette) **Deutsches Opernhaus** 7 Uhr: **Oberon.** Friedr. Wilhelmst. Th. 1/2 Uhr: **Hohheit die Tänzerin.** **Kleines Theater.** 7 1/2 Uhr: Das Wunder. Der Selige. Lotichens Geburtstag Kl. Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: **Reigen.** Komische Oper 7 1/2 Uhr: **Baroneßchen Sarah.** Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Arnold Beck in Die schwelende Jungfrau **Metropol-Theater.** 7 1/2 Uhr: **Hollandwälbchen** Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: **Yu-Shi tanzt.** Neues Volkstheater 7 1/2 Uhr: **Jugend.** Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: **Der ehem. Leutnant.** **Thalia-Theater** Gastspiel Hansi Niess 7 1/2 Uhr: **Botschaftlerin Leni.** Th. am Nollendorferplatz 7 1/2 Uhr: **Die Herren Söhne** 7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht** Theater des Westens 7 1/2 Uhr: **Der ersten Liebe gold. Zeit** Sbd. 3 1/2 Uhr: **Gänsefessel.** Th. l. d. Kommandantenstr. 7 1/2 Uhr: **Der verjüngte Adolar** **Wallner-Theater** 7 1/2 Uhr: **Der Geiger von Lugano.**

Reichshall.-Theater Abds. 7 1/2 U. u. Sonnt. nachm. 3 Uhr: **Stettner Sänger.** Nachm. halb. Pr.!

APOLL

THEATER
Das Publikum filmt Allabendlich

unt. pers. Reg. v. Leo Peukert. Die m. Theaterbesuch. allabendl. aufgen. Filme werden stets abnächst. Tag den ganz. Monat öfl. vorgeführt. **Wiederantr.** **Kampfstiere** nach dem Sicherungen L. d. Publikum getroff. sind. **Toni Tetzlaff** **Leo Connard** in **"Hüte Dich"** 4 Ussens Platzld. Fam. Anf. 7 1/2 Uhr.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108-114

Sonntag, den 9. Januar 1921:

Eröffnung des Bayer. Bierfestes

Wunderbare Alpendekoration

Anfang 4 Uhr. 30 bayer. Madl. 5 Kapellen. Eintritt 2 M.

Circus Busch

H. Stöck-Sarrasani. Tägl. 7 Uhr. Sonnt. u. Mittwoch auch 3 U. Gaddin H. Löw. Elefanten usw. Prunk-schaustück Gretis Traum. Vorverk. Tietz u. Circus

WINTERGARTEN

Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 U. Schläger aller Volksstücke **Der Fehltritt einer Frau.** Vorher: **Theaterische.** Oper. Skeich mit Vikt. Littek. Sonntag 3 1/2 Uhr. Eine Hilde Ehs. Volksstümliche Preise.

Folles Caprice

am Oranienburger Tor. Neun Monate a dato **Die Reservadame** **Meine Tochter d. Herzogin** m. Ferd. Grüneger, Rudolf Rudolph, Georg Erich Schmidt. Vorverk. 11-2 und ab 6 Uhr. Tel.: Norden 4650.

Königstadt-Theater

Bahnhof Janowitzbrücke Tägl. 7.30 Gals-Sänger. Im Ballsaal T A N Z.

Perlen Juwelen

Sehr grosses Silberlager **Margraf & Co. tz** Kanonierstrasse 9 Tantenstrasse 18 a.

Alte Zahngebisse

650-800,00 M. pro Zahn. **Platin-, Gold- u. Silber-** bruch, Bernhardt, Kontakt, alle Arbeiten auch zu unüberb. Preisen täglich bis 7 Uhr für Eigenbes. Urban, Mantelstr. 71 (Laden).

Preuß. Staats-Klassenlotterie

480 000 Lose mit 240 000 Gewinnen u. 6 Prämien in 5 Klassen im Gesamtbetrage von über

108 Millionen Mk.

darunter **4 mal 500 000 Mk.**

Ziehung 1. Klasse: 11. u. 12. Januar

2 Hauptgewinne von je

100 000 M.

1/8 Lose 8 M., 1/4 Lose 16 M., 1/2 Lose 32 M., 1/1 Lose 64 M.

Zu haben bei allen **Staatl. Lotterie-Einnehmern in Gross-Berlin.**

Postgebühr u. Gewinn. 75 Pf. besonders

Winkelspitze

Nr. 695



HEINTZE & BLANKERTZ FABRIK - BERLIN

Zu haben bei:

L. Juergens, C 25, Alexanderstraße 45
C. O. Rechlin, C 2, Spandauer Str. 22
E. Unger, C 2, Spandauer Straße 10

Heintze & Blanckertz
Erste Deutsche Stahlblechfabrik, Berlin NO 43

Zinn Lagermetall Kupfer etc.

Wiemer

Putbusser Str. 30, I
Mirbachstr. 4, Hof
Pankow, Wollankstr. 31.

Zinn Lagermetall Kupfer etc.

Tüfel

Schreibelner Straße 5.

Pianos, Flügel, Harmonika, etc.

A. Lehmann & Co.,
Inh.: Gontenberg,
Celsigiger Str. 115/116,
Gr. Frankfurter Str. 108.

M.A.S.S.A.R.Y

Die gute **M.A.S.S.A.R.Y** Zigarette urteilen Sie selbst!

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!

Das Begnadigungsrecht.

Uns wird geschrieben: In der Frage, wer zur Begnadigung gegenüber gerichtlich erkannter Strafen berechtigt ist, bestehen vielfach irrtümliche Anschauungen. Meistens wird angenommen, daß der Reichspräsident allgemein das Recht zur Begnadigung in ganz Deutschland hat. Diese Meinung ist unrichtig; der Reichspräsident übt nach der Reichsverfassung das Begnadigungsrecht nur soweit aus, als es dem Reich zusteht, das heißt nur in Strafsachen, in welchen das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, in Strafsachen früherer erstinstanzlicher, Schöffengericht- und Konsulargerichte, in Sachen der außerordentlichen Gerichte und bei Strafverurteilungen der meisten Militärgerichte. Im übrigen, das heißt in den weitaus meisten Straffällen, ist die Ausübung des Gnadenrechts Sache der Regierungen der Länder, da die Gerichte in der Regel Landesbehörden sind; Urteile der Schöffengerichte, der Strafkammern und der Schwurgerichte können daher nicht vom Reichspräsidenten erlassen oder gemildert werden, sondern nur von der Regierung der Länder, in Preußen also dem Staatsministerium.

Dänemarks Kinderhilfe.

Im Kriegsjahre 1916 begann der dänische Gewerkschafter Genosse Nielsen damit, armen deutschen Kindern eine Zeit der Erholung und Auffütterung in seinem neutralen Lande zu verschaffen. Zunächst geschah das nur in kleinem Umfang. Eine Anfrage Scheidemanns bei unseren Genossen Nielsen und Clayton wurde die Veranlassung zur Erweiterung der Aktion. Der Aufruf Nielsen in der ganzen dänischen Arbeiterpresse, den deutschen Klassen Genossen durch Aufnahme und Verpflegung ihrer notleidenden Kinder zu zeigen, daß sie noch nicht von aller Welt verlassen seien, fand ein begeistertes Echo und im Sommer des Jahres von Versailles konnten bereits hunderte deutscher Kinder in dänischen Arbeiter- und Bauernfamilien untergebracht werden. Es sind weiterhin allmonatlich zwei bis drei Transporte unserer Kinder aus dem Reich und Deutschösterreich gebracht worden, so daß 1920 ihre Gesamtzahl 18 000 erreichte. Die allerjüngsten Kinder kamen in Kuratorkolonien, für Landkulturen aus Sachsen usw. stellte der Staat unentgeltlich seine eigenen Heime zur Verfügung.

Für die Transportkosten hat das dänische Komitee bereits eine Viermillionen Kronen (25 Mill. M.) aufgebracht, für Einlieferung der Kinder wurden etwa 110 000 Kronen gesammelt, außerdem haben viele Gemeinden große Summen aufgebracht, z. B. Vejle allein 25 000 Kronen. Jedes Kind bekommt für Heimreise 15 Kilogramm Lebensmittel mit und diejenigen Pflegeeltern, die diese Spende nicht selbst kaufen können, erhalten den erforderlichen Zuschuß von einer Zentrale, die der Hauptkassierer des Gewerkschaftsbundes, Genosse Svendsen, leitet.

Kurz vor Weihnachten sind wieder 600 Kinder in Kopenhagen eingetroffen und in nächster Zeit sollen 200 Kinder aus den am meisten notleidenden Gebieten des Reiches hinkommen.

Dagegen kommen endlich noch die Sendungen von Lebensmitteln und Waren nach Mitteleuropa.

Die ganze große Aktion der Gewerkschaften ist jetzt durch eine allgemeine Organisation abgelöst worden; ihr Geschäftsführer bleibt aber unser lieber Genosse Nielsen, dem bei der Kinderbeschaffung in der „Neuen Welt“ herzlichster Dank so lebhaft dargebracht wurde.

Rätekongress und Militärdiktatur.

Delsingfors, 5. Januar. (Oz.) Aus Koslaw wird gemeldet, daß die Sitzungen des 8. Russischen Rätekongresses unter schärfstem polizeilichen Schutz stattgefunden haben. Die ganze Gegend um das Große Theater, wo der Kongress tagte, war vom Eröffnungstage bis zum Abschluß des Kongresses auf strengste abgesperrt und die Annäherung an das Theatergebäude nur gegen Vorweisung besonderer Ausweise gestattet. Starke militärische Posten aus Jäglingen der Roten Offizierschulen und Soldaten der Abteilungen der Außerordentlichen Kommissionen waren sowohl außerhalb wie innerhalb des Theatergebäudes aufgestellt. Eine Bekanntmachung des Zentralerekutivkomitees, welches diese Maßnahmen verfügte und die Verordnung in den Koslawer Zeitungen vom 21. Dezember veröffentlichte, enthielt die Ernennung eines militärischen Kommandanten des Rätekongresses und forderte von sämtlichen Personen und Behörden unbedingten Gehorsam gegenüber den Verordnungen des Sekretärs des Zentralerekutivkomitees, der gleichzeitig mit dem Schutz des Kongresses und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf demselben betraut wurde.

Wie der Delsingforscher Berichterstatter des „Lj-Expreß“ von unrichtiger Seite erzählt, hat auf dem 8. Rätekongress der nüchtern geschäftsmäßige Standpunkt über die inneren Streitigkeiten in der kommunistischen Partei den Sieg davongetragen. Zu diesem Ergebnis haben die dem Kongress vorliegenden statistischen Daten über die schwere Wirtschaftslage des Landes entscheidend beigetragen. In den Kommissionsberichten haben sich indessen fürnämliche Szenen abgepielt. Hier sind die linken Kommunisten in ihrer Opposition von vielen Kongressdelegierten aus der Provinz unterstützt worden. Diese Delegierten äußerten ihre Unzufriedenheit über die Vernachlässigung der Interessen der Provinz, wobei sie die bereits auf dem Kongress der russischen kommunistischen Partei von ihnen vorgebrachten Vorwürfe in noch schärferer Form wiederholten. Starke Unterstützung fand Lenin bei dem Vorsitzenden des Russischen Zentralerekutivkomitees Kollin, der öfter als sonst das Wort ergriff. Kollin betonte die Notwendigkeit, der Bauernschaft entgegenzukommen zu zeigen; man habe bisher den Bauern nichts gegeben, und sich nicht darum bemüht, die Bauern zur Regierung heranzuziehen. Auch Lenin hob hervor, daß es notwendig sei, die Stellung der Sowjetregierung durch Gewinnung der Sympathie der breiten Bevölkerungsmassen zu festigen, und zwar in erster Linie durch Gewinnung der Bauernschaft. Die gegenwärtig eingetretene Atempause sei nicht als Ende des Krieges aufzufassen, sondern als Vorbereitung der Etappe und des gesamten Hinterlandes für die künftigen Kriege um die Weltrevolution.

Englisch-russische Handelskorporation.

London, 5. Januar. (Holländisch-Russisches Bureau.) Die „Times“ veröffentlicht die von der englischen und der russischen Regierung genehmigten Vorschläge für die Wiederaufnahme der englisch-russischen Handelsbeziehungen. Es wird vorgeschlagen, eine englisch-russische Handelskorporation für die Entwicklung des russischen Handels zu gründen. Diese Korporation wird zwei Abteilungen, eine englische und eine russische, umfassen und ein Kapital von 10 Millionen Pfund Sterling besitzen, die von England und Rußland zu gleichen Teilen aufzubringen sind. Auch der Gewinn soll zu gleichen Teilen gehen. Die Korporation wird in Rußland das Monopol haben, in England jedoch nicht. Sie kauft direkt von den Verkäufern bzw. Erzeugern. In England können aber alle Firmen Mitglied der Korporation werden.

Erinnerungen an Bethmann Hollweg.

Genosse Scheidemann schreibt uns: Politische Kämpfe von solcher Heftigkeit, wie ich sie mit dem verstorbenen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg jahrelang führen mußte, habe ich mit keinem anderen anzusehen gehabt. Und doch sind wir uns dabei menschlich näher gekommen. Ich war mit dem Verstorbenen, den ich menschlich verstehen und schätzen lernte, in den Kriegsjahren häufig zusammen. Wir sahen uns aber auch noch nach seinem Ausscheiden aus dem Amte. Das erstemal schon in den Tagen, als er noch in der Reichskanzlei wohnte, sein Nachfolger Michaelis im Nebenzimmer aber bereits politischen Unfug anrichtete. Später trafen wir uns, nach vorausgegangenem Verständigung, in einer Privatgesellschaft. Dann wieder, als ich auf dem Kanzlerstuble saß und er mich von der Notwendigkeit überzeugen wollte, daß er sich der Entente an Stelle des geforderten Kaisers stellen müsse! Gleichviel wie man seine Politik beurteilt, er war ein Mann, der persönliche Achtung verdient, ein Mann, der mit entschlossenen Mitarbeitern gewiß auch Großes hätte leisten können, wenn er selbst die „Zeiten der Zeit“ rechtzeitig erkannt hätte — spätestens also nach dem Ausfall der Wahlen von 1912.

In meinem Buche „Der Zusammenbruch“, das noch im Laufe dieses Monats im Buchhandel erscheinen wird, habe ich mehrfach Begegnungen und Unterredungen mit dem Verstorbenen geschildert. Ich gebe einige Auschnitte hier wieder.

Bethmann Hollwegs Kriegsziele.

Am 8. März 1915 hatte der Reichskanzler vor den Vertrauensmännern der Fraktionen über seine Kriegsziele gesprochen und gesagt:

„Wir wollen Sicherheit, größere Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit für ein stärkeres und größeres Deutschland.“ Wir ließen es sich über den Rücken, und als er die Wendung vom dem größten Deutschland zum zweiten Male gebrauchte, da schauten wir vier uns an: Rosenfeld, Robert Schmidt und ich sehr verstimmt, Haase offenbar sehr angenehm berührt. Er hatte nun, was er gebrauchte, das Stichwort für den „Eroberungskrieg“, für den wir unmöglich noch Kredite würden bewilligen können. . . . Auf dem Heimweg begann ich Haase gegenüber zu erzählen, daß Bethmann Hollweg nach allen seinen sonstigen Darlegungen unmöglich ein durch Gebietszuwachs größeres Deutschland gemeint haben könnte; das er sich ein ganz ausgeglichenes. . . . Diese Konterzeption hatte immer noch unter der Rücksicht auf die relativ große Zahl der Teilnehmer gelitten. Der Reichskanzler hatte aber, wie vor allen solchen entscheidenden Reden, den Wunsch, sich ganz vertraulich mit der Sozialdemokratischen Partei vorher auszusprechen. Das beweist mein Tagebuch-Eintrag vom 9. März:

Früh um 8 Uhr kommt ein Bote aus der Reichskanzlei und bittet mich um 10 Uhr zum Reichskanzler. Ich ahne: Er will uns noch einmal zusehen, damit von einer Rede im Plenum Abstand genommen wird. Ich bin kurz entschlossen: Haase die Waffe aus der Hand zu schlagen, die ihn Bethmann Hollweg am geistigen Abend durch eine mißverständliche Wendung gegeben. Ich rufe Wahnschaffe an, daß der Reichskanzler in der bevorstehenden Unterredung auf sein Kriegsziel zurückkommen müsse, aber so, daß daraus unter gar keinen Umständen Eroberungsabsichten herausgehört werden könnten, wie das gestern Abend der Fall gewesen wäre. Absichten, von denen ich überzeugt sei, daß sie Bethmann Hollweg ja auch gar nicht habe.

Wahnschaffe verstand mich sofort, nachdem ich ihn auf unsere Grundzüge aufmerksam gemacht hatte. . . . Im tiefsten Vertrauen — somit habe niemand Kenntnis davon —: Parteimitglieder in Rußland, Aetna, aus denen ein Friede entziehen könnte. Wir würden sie zertreten, wenn wir vom Frieden sprechen. Das werde man denen als Schwäche, und dadurch wachse in Rußland die Kraftgefühl noch einmal um. Die Ziele, die die Alldeutschen verlangten, seien unsinnig. „Ich denke nicht daran, sie zu verwirklichen. Belgien annektieren! Ein Land mit einer und vollkommen fremden, auch sprachfremden Bevölkerung. Ich stelle mir vor, daß wir engere Wirtschaftsbeziehungen mit Belgien schließen können, vielleicht auch Abmachungen militärischer Art. Und wenn es mir gelänge, die Grenze in den Vogesen ein wenig zu regulieren, die jetzt unterhalb des Kammes verläuft, dann wäre das schon von großer Bedeutung, ebenso, wenn man die Schleifung Belfort durchziehen könnte. An diesen Grenzen haben wir fürchterliche Opfer bringen müssen.“

Haase und ich — Haase vor mir — stellten mit Genugtuung fest, daß diese Darlegungen uns befriedigten, mindestens hätten sie mancherlei Befürchtungen zerstreut. . . .

Bethmann Hollweg wies dann auf unsere Genossen in England hin: „Wenn Sie mit denen Fühlung nehmen könnten, sei das gewiß wertvoller, als wenn wir im Reichstage über den Frieden reden. Aber Ihre internationalen Freunde scheinen wenig friedlich gesinnt zu sein.“ . . . Daß Bethmann Hollweg auf Haase großen Eindruck gemacht hatte, war unverkennbar.

Um die Kommandogewalt.

Am 7. Mai 1917 hatten Ebert und ich eine Aussprache mit Bethmann Hollweg über unsere Stockholmer Friedenskonferenz, für die er sich sehr interessierte. Das Gespräch kam

Auslandsrundschau.

Das Strahburger „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Dekret bezüglich der Nazifizierung des Gesetzes vom 25. November 1919 über die Einführung der französischen Strafgesetze und Strafuntertugungen im Elsaß und in Lothringen unter Vorbehalt der Aufrechterhaltung verschiedener Dispositionen der lokalen Strafgesetze, die gegenwärtig in Kraft sind.

Wie der „Chicago Tribune“ aus Dublin gemeldet wird, haben die Stumpfener gestern eine Liste von 175 Personen veröffentlicht, die im Laufe des Jahres 1920 von englischen Polizisten und Militärpersonen gefoltert worden sind. Nach dieser Liste ist keine der betroffenen Personen im Kampf gegen die Polizei gefallen.

Disziplinarverfahren im Ministerium des Innern. Im Meldungen, mit denen von der Nachführung im preussischen Ministerium des Innern und anderen Nachrichten, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit verbreitet wurden und völlig frei erfunden waren, auf ihren Urheber zu unteruchen, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Rechtslesende Blätter befanden diesem Verfahren gegenüber ein großes Interesse und werfen die Frage auf, ob es Herrn Ministerialrat Abge oder gar dem Minister Sebering selbst gelte. Demgegenüber erfahren die „P.P.“ von ausländischer Seite, daß das Verfahren gegen Unbekannt durchgeführt wird und noch weitergeht. Bis jetzt ist nur soviel erwiesen, daß auch an dem angeblichen Protokoll der „Nachführung“ kein wahres Wort ist, sondern daß es sich dabei um persönliche Kränkungen handelt, die ein Beamter über Erzählungen eines Dritten für sich gemacht hat.

Dank, daß Ihr Deutsche geteilt habe! Rektor und Deputation der Marburger Universität veröffentlichten eine schließliche Ehrenerkennung mit Dankagung an die französischsprachigen Studenten-Genossenschaften. Mit Recht! Diese Heldenjünglinge haben ja fünfzehn deutsche Arbeiter getötet, dafür gebietet

dann auf die von uns beabsichtigte Interpellation und den Verfassungsausschuß, dessen Vorsitzender ich war:

Er wünschte noch eine Rücksprache vor unserer Rede über die Interpellation. Ich sagte zu und erklärte ihm gleich: Wenn er etwas sage, was die Rechte befriedige, so würden wir erklären müssen, daß wir drei Jahre lang uns in einer Täuschung befunden hätten und daraus Konsequenzen ziehen müßten. — Er: Die Rechte! Sie glauben nicht, wie unheimlich mir gerade jetzt Ihr Verfassungsausschuß ist. — Ich, sehr erheitert: Rami, wieso? Er: Der Eingriff in die Kommandogewalt bei der Ernennung der Offiziere zum Beispiel. — Was glauben Sie, wie das ausgeht wird? — Ich fuhr ihm sofort in die Parade, setzte ihm den Kaus aneinander und bedauerte, daß er so „ungünstig“ informiert sei. Ich sagte ihm dann weiter, daß ich alles, was bisher im Verfassungsausschuß gemacht worden sei, quasi für „Kleinram“ halte, ohne den der Reichstag Macht entwickeln könne, wenn er nur wolle. — Er: Für die gesamte Presse der Rechte ist der Verfassungsausschuß eine weitere willkommene Hilfe gegen mich. Vergessen Sie nicht, daß diese Presse in sehr einflussreichen Kreisen gelesen wird. Und eins sind sich die „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“, „Tägliche Rundschau“ und Herr Georg Verward in der „Kölnischen Zeitung“ im Kampfe gegen mich. Auf die Dauer bleibt ein solcher konsequenter Kampf natürlich nicht ohne Einwirkung. Was lesen denn die höheren Offiziere anders als diese Rechtsblätter. Und das jetzt im Krieg! Rein, dieser Verfassungsausschuß geht — das geht wirklich nicht so weiter. — Ich erhob den entscheidendsten Widerspruch. — Er: Die Geschichte mit den Offizieren ernennungen dürfen wir jetzt unter keinen Umständen an das Plenum kommen lassen. — Ich: Das werden Sie nicht verhindern können, denn abgesehen von den paar Konserwativen steht der Reichstag geschlossen gerade hinter dieser Forderung. — Er: Wir müssen eine Verständigung finden, das darf jetzt nicht am Plenum kommen. Wenn Sie wählen, wie der gleichen oben will.

Bethmann war wenigstens immer offen in seiner Gegnerschaft und griff nicht zu dem Kleingewicht der Sabotage und der offiziösen Unwahrheiten. Ganz anders andere Regierungsoffiziere!

Wie Bethmann Hollweg ging.

Die Tage, an denen um die Friedensresolution gestritten und gefochten wurde, gehören mit zu den heuerlebenswertesten des Reichstags während des ganzen Krieges. In meinem Buch beginnt ein Kapitel unter der Überschrift „Wiederholung Ludendorffs an der Resolution“ mit folgenden Sätzen: Der neue Kanzler! Der alte ist fast unbemerkt in dem Hin und Her dieser tuchelosen Tage verschwunden. Warum? Selbst nach dem monatelangen, mit allen Mitteln der Verleumdung und Anfechtung geführten Kampf der Alldeutschen fragte man umsonst nach dem direkten Grund. Da habe später einmal mit dem Admar Bethmann Hollweg, dem Geheimrat Reichler darüber gesprochen. Der meinte, es sei interessant, festzustellen, daß der Kanzler nicht gestürzt sei, weil er nichts erreicht habe. Umgekehrt: er sei gestürzt worden, weil er so ziemlich alles erreicht habe, was er damals erreichen konnte. Nach der Oberholthaus über das Wahlrecht sei es schwer gewesen, dem Kaiser auch das gleiche Wahlrecht abzurufen. Aber in unabhingiger Vorkarbeit sei es Bethmann Hollweg schließlich doch gelungen, zu siegen und die zweite Wahlrecht herauszubringen. Er habe den Reichstag im preussischen Ministerium durchgesehen und die widerspenstigen Minister zu Fall gebracht. Er sei also weder energielos noch erfolglos gewesen. Aber gerade deshalb hätten die Konserwativen und Alldeutschen in ihm die ganze Gefahr gesehen und hätten darauf gedrängt, ein Ende zu machen. Sie brachten Hindenburg und Ludendorff zu dem Ultimatum: Entweder er oder wir! Damit war das Schicksal des Kanzlers besiegelt. . . .

Bethmanns Begräbnis.

Die Beisetzung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erfolgte Mittwochs nachmittags um 3 Uhr in Hohenfinow unter überaus harter Beteiligung. In Vertretung der Reichsregierung war Reichsminister Dr. Heinze erschienen.

Dr. Heinze sagte in seiner Grabrede: . . . Er war berufen, in der furchtbaren Prüfung unseres Volkes am Stuur zu stehen. Ehe der Sturm überhand nahm, mußte er den schicksalvollen Platz verlassen. Mühsig wäre es zu fragen, ob es ihm hätte gelingen können, das Unglück abzuwenden, das über uns hereingebrochen ist. Wohl aber dürfen wir die Erinnerung festhalten an jene Jahre der Einigkeit in Kampf und Leiden, die vornehmlich sein politisches Werk gewesen ist, die uns befähigt hat, lange Zeit dem Ansturm übermächtiger Gegner standzuhalten, und die auch für die Zukunft wirksam wird. In allem Schmerz der Gegenwart, in dem wir jener unsagbar großen Leistung unseres Volkes in Ehrfurcht gedenken, bekennen wir auch von diesem Toten, daß er einen guten Kampf gekämpft hat. Ein Vorbild für uns alle in der Hingabe an sein Volk, ein Geist, der gegen ein feindlich furchtbares Geschick um das Dasein der deutschen Nation, um Wahrheit und Gerechtigkeit rang, ein Staatsmann, dem die Betonung der ethischen Kräfte im Völkerverleben nicht leeres Wortgeplänkel war, so wird er dereinst vor dem Urteil der Geschichte bestehen.

können der Dank aller mit gläubender Liebe zum deutschen Volk erfüllten Deutschen. Wie groß würde der Dank der Partioten erst sein, wenn statt fünfzehn fünfzehntausend wehrlose Arbeiter niedergemetzelt worden wären!

Brot oder Bier? Eine von Abgeordneten aller Parteien unterzeichnete Anfrage an die Reichsregierung führt berechtigter Klage darüber, daß seit einiger Zeit wieder überall „Soldier“ ausgehändelt wird, während in allen Kreisen der Bevölkerung der Mangel an den aus Gerste zu gewinnenden Nahrungsmitteln (Brot, Mehl, Graupen, Grüge, Floeden, Malzextrakt für Kranke und stinkende Mütter) bitter beklagt und die bestehende Zwangs- und Notlage von den zuständigen Stellen des Reichs und der Staaten immer und immer wieder anerkannt und betont wird. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie die der Frauindustrie in Aussicht gestellte Gerste solange zurückschalten will, bis die unmittelbare Volksernährung durch Gerste (und die Erzeugnisse aus der Gerste) so ausreichend gesichert ist, wie es der Stand unserer Volksgesundheit gebietet verlangt.

Eine indiskrete Frage. In der Zeitschrift des genugsam bekannten Nationalverbandes Deutscher Offiziere ist eine Rede des Generalmajors von Walderssee abgedruckt, in der dieser als Hauptgeden bedauert, daß Scheidemann das Disziplinarverfahren zu bekämpfen wage, leider, ohne daß bisher die Striemen einer Reipreißer seine Wangen ziert. . . . Wir erlauben uns, die in diskrete Frage, ob dieser Herr Graf Walderssee derselbe ist, der in amtlicher Eigenschaft Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber Ost während der Okkupationszeit war, in der er und ähnliche Leute dieser Art sich ja als Halbgotter und Herren ausgaben. Er eröffnete die Weihnachtsfeier der Mannschaften der Formation Oberost in Wialthof 1917 (nach der Friedensresolution des Reichstages) mit den Worten: „Nun wollen wir mal Weihnachten feiern wie deutsche Männer und nicht wie Hosenjäger. . . .“ von der Reichstagsmehrheit! Im Tone und in der Stimmung hat sich also der hochgeborene Herr seitdem nicht geändert.

Gewerkschaftsbewegung

Regierung und Staatsarbeiter.

Wiederholt hat sowohl die Tages- als auch die Gewerkschafts- presse darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft eine Befundung ihrer Wirtschaftslage durch fortgesetzte Lohnsteigerungen für aus- geschlossen hält und daß nur durch einen zielbewußten Ab- bau der Preise für Bedarfs- und Lebensmittel erträgliche und stabile wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen werden können. Neuerdings sind nun, so wird und geschrieben, Staats- und Reichsregierung bemüht, zum Lohnabbau zu schreiten, ohne an einen Preisabbau zu denken. Der Hinweis auf die trost- lose Lage unterer Finanzen berechtigt seine Wirkung, wenn nicht einwandfrei der Beweis erbracht wird, daß die Regierung ernstlich beabsichtigt ist, dort Millionen zu sparen, wo es möglich ist, ohne Existenz in Massen zugrunde zu richten. Solange aber Gelder gefordert und bewilligt werden deren Verwendungszweck sehr dunkler Natur zu sein scheint, solange wird kein Arbeitnehmer zu überzeugen sein, daß unsere Finanzlage wirklich so trostlos ist, wie sie von der Regierung dargestellt wird. Glaubt die Regierung die Finanzlage dadurch aufbessern zu können, daß sie die an sich schon geschätzten Arbeitererfahrungen noch weiterhin zielbewußt erschwert und die Zahl der steuer schwachen Schultern erheb- lich vermehrt?

Reich und Staat sind die größten Arbeitgeber und die von ihnen geschaffenen Arbeitsverhältnisse sollten vorbildlich für die In- dustrie sein, aber leider ist gerade das Gegenteil zu beobachten. Ein Beispiel aus den letzten Tagen zeigt, wo in der Weg führt. In einem Tarifstreit zwischen Reich und Preußen einerseits und Staatsarbeitern (Verwaltungsarbeitern) andererseits hatte das Reichskabinett eine Entscheidung gefällt, die die Wünsche der Arbeitnehmer gänzlich unberücksichtigt ließ. Eine Schlichtungsinstanz, wie sie die Verordnung vom 23. Dezember 1918 vorsieht, kommt nicht in Frage, da das Kabinett sich keinem Schieds- spruch beugt, wodurch die Staatsarbeiter außerhalb des Tarifrechtes gestellt werden. Die Folge wäre also die Ar- beitsniederlegung. Wenn diese bisher behütet werden konnte, so ist dieses dem Verantwortungsgesühl der Staatsarbeiter zu danken, deren Bezüge in keinem Fall das Existenzminimum erreichen. Die Verteilung dieser Arbeiterklasse wird noch ge- fördert durch eine von der Regierung aus Staatsrücksichten beschlossene Personalveränderung. Um diese Maßnahmen durch- führen zu können, ist bereits vom Kultusministerium ver- fügt worden, daß Einsprüche gegen Entlassung nicht vor dem noch zuständigen Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, sondern vor dem Zentral-Schlichtungsausschuß im Reichsarbeits- ministerium verhandelt werden sollen.

Die Staatsarbeiter, die durch die Sünden des 8. Juni 1920 einer Regierung ausgeliefert wurden, welche auch unter Wilhelm II. leberfähig gewesen wäre, erblicken in diesem Vor- gehen der Regierung einen konzentrisch geführten Angriff auf die Arbeiterschaft, die Ereignisse in den Lagarett, in den Reichsbekleidungsämtern, in der Reichsdrahterei, die Krise bei den Eisenbahnern sind weitere Beweise für diese Behauptung. Den Regierenden möchten wir aber warnend zurufen: Der An- linder trägt nicht mehr die Jahreszahl 1914 und der Geduldsfaden dieser Gruppe droht zu reißen!

Auch ein „Angestellter“-Vertreter!

Bei dem Paritätischen Ausschuß im Reichsarbeitsministerium beantragte eine Angestelltenvertretung zwei Kolleginnen, die Tele- phonistinnen, auch für fremdsprachliche Vermittlung, und von Gruppe II nach III zu bringen. Die Spruchkammer stand ein- mütig auf dem Standpunkt, daß dies nach dem Wortlaut des Tarif- vertrages unmöglich ist und wollte ablehnen, als der An- gestelltenvertreter Klepp darauf aufmerksam machte, daß Fernspruch- gebildeten überhaupt nur nach Gruppe I gehören, und er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, die von der Dienststelle angeordnete Tarifierung nach Gruppe II gut zu heißen. — So entschied die Mehrheit mit Herrn Klepp die Tarifierung nach Gruppe I, obwohl Dienststelle und Angestelltenvertretung sich über Gruppe II bereits einig waren.

Ein Registrator, der selbständige Registraturarbeiten er- ledigte und hierbei französische und englische Sprachkenntnisse ver- wenden muß, kam Dank Herrn Klepp nach Gruppe III, und fünf Minuten später wurde ein Registrator ohne derartige Sprachkenntnisse auf besondere Befürworten des Herrn Klepp von Gruppe III nach IV eingereiht. Das warme Eintreten des Herrn Klepp für den letztgenannten Registrator wird man be- greiflich finden, wenn man hört, daß der Vertreter des Beschwede- fähers Mitglied des Klepp'schen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist.

Eine Versammlung der Zimmerer

Geschloß nach einem Referat des Berliner Vorsitzenden Senada und nach einer regen Diskussion, die Einheitsarbeitslohn- sätze einzuführen und sich dem Arbeitslosennachweis der Stadt Berlin, Gormannstr. 30, 2 Tr., ab 10. u. M. anzuschließen, die Aus- zahlung der städtischen Erwerbslosenunterstützung aber im Verbands- bureau zu belassen. Ferner berichtete Senada von den Verhand- lungen mit den Unternehmern über die Lohnrevision. Großen Unwillen, der sich in erregten Zwischenrufen bemerkbar machte, lösten seine Ausführungen aus, als er bekannt gab, daß der unparteiische Vorsitzende erklärt habe, nicht eher in neue Verhandlungen eintreten zu können, als bis die Ortsgruppe Berlin des Reichs-Ver- bandes für das Tiefbaugewerbe an den Verhandlungen teilnimmt. Die Zimmerer beklagten, daß die Verhandlungen, die am 8. Januar vor dem provisorischen Bezirkslohnamt stattfanden und bis zum 8. Januar beendet sein sollten, wieder künstlich in die Länge gezogen werden. Alle Diskussionsredner drückten ihre Unzufriedenheit über die Willkür und Unvernünftigkeit in starken Worten aus. Einzelne machten den Vorschlag, überall, wo noch dringende Arbeiten vorhanden sind, dort sofort die Arbeit niederzuliegen, als Protest gegen die Ver- schleppungspolitik der Unternehmer und um die Parastien der Gesellschaft zu zwingen, mit uns über die aus der bitteren Not der Zeit geborenen Forderungen mit uns zu ver- handeln. Große Heiterkeit verursachten die Worte eines Redners, der empfahl, man solle von radikalen Maßnahmen absehen und an das soziale Empfinden der Unternehmer appellieren. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das sonderbare Verhalten des Stadt- lämmerers Voeßel scharf kritisiert, der einer Arbeiterdeputation vom Hochbauamt Reuland erklärte, er schaffe kein Geld für Mietungs- bauten, Krankenhäuser, Schulneubau und Baracken als Wohn- wohnungen. — Beschlossen wurde, eine Versammlung mit dem Thema Moskauer oder Amerikaner, in der beide Richtungen zu Wort kommen sollen, abzuhalten.

Ein vornehmer Arbeitgeber. Bei der Firma Cohn & Amm 6, Berlin, Universitätsstr. 2/3a, bestehen Streitigkeiten mit dem Per- sonal betreffs Durchführung des in der Speditionbranche allgemein verbindlichen Tarifvertrages. In einem Schlich- tungsverfahren wurde die Firma Cohn & Amm verurteilt, den Angestellten die zu wenig gezahlten Gehälter nachzuzahlen. Seit dieser Zeit fühlt sich, wie der Zentralverband der Angestellten schreibt, der Leiter Hufschil bemüht, die im R.D.M. organi- sierten Kollegen in der unangenehmsten Weise zu schikanieren. Lebensarten wie: „Ich werde Sie schon treten, daß Sie am Leben verzagen“ oder „Sie sind eine ganz gemeine Person“ sind an der Tagesordnung. Dieser Herr scheint der Ansicht zu sein, daß der Kafarenendostion auch eine Umgangsform für hochgebildete kaufmännische Angestellte ist.

Wir warnen die Kollegen aus der Speditionbranche, sich bei obiger Firma anstellen zu lassen.

Achtung, Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen! Die beiden Firmen Grede, Mittelstr. 50, Deutsches Druck- und Ver- lagshaus, Lindenstr. 28, sind wegen Differenzen für Ver- bandsmitglieder gesperrt. Arbeitsaufnahme in den obigen Betrieben käme daher einem Streikbruch gleich.

- Buchbinderverband.
- Deutscher Metzger-Verband! Bezirksverein Berlin 301 Auto-, Wagen- bau- und Kesselreibrangerei. Versammlung heute 7 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 14/25.
 - Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe Ia (Rechtsanwaltsangehörige). Mittelsbergsammlung 7 Uhr Englischer Hof, Alexanderstr. 10. — Fach- gruppe Ib (Chirurgie, Mechanik, Dental-Deput.). Sektionsversammlung 7 1/2 Uhr Sophienstr. 17/18. — Fachgruppe II a—c (Nahrungs- und Genussmittelindustrie und Handel). Fachgruppenversammlung 8 Uhr, Stadt-Poststr. 11/12.
 - Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Sonntag, 7 Uhr, in der Aula, Weinmeisterstr. 15, Unterhaltungsabend mit Lichtbildern über das Thema: „Unsere schöne Heimat“ (Gesang, Rezitationen, Vortrag). Eintritt 50 Pfennige.
 - Deutscher Transportarbeiterverband (Nennzettel: Gewerliche Angestellte der Reichsorganisationen). Freitag, 8 Uhr, bei Kofler, Reichstr. 13, Vertau- ensmannerversammlung. 1. Die Bildung der Verbindlichkeitsprüfung des Schiedspräsidenten betr. 2. Die Bildung der Verbindlichkeitsprüfung des Schiedspräsidenten betr. 3. Stellungnahme zur Reue der Brandversicherung.
 - Achtung, S.P.D.-Funktionäre der S.G.G. Freitag, 8 Uhr, bei Hübner, Uff- hangerstr. 13, Fraktionsversammlung. Erscheinen unbedingt notwendig. — Der Fraktionsverband.

Aus der Partei.

Zur Landtagswahl. Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Weiser-Guns stellte für die preussischen Landtagswahlen folgende Kandidaten auf: 1. Arbeitersekretär Hubert Cohnbrüd, 2. An- gestellter Stube-Guden, 3. Weber Rippler-Nordhorn, 4. Ehe- frau Oppel-Bilhelmshöfen, 5. Eisenbahnschloffer Vady-Lingen, 6. Oberstaatsanwaltssekretär Knoop-Kurisch, 7. Lehrer Deemont-Settrup, 8. Landwirt Vubener-Beemer. Die beiden erstgenannten Genossen sind bereits Mitglieder der Preussischen Landesver- sammlung.

Ein neues Parteiblatt erscheint seit 1. Januar für die West- und Nordpfalz unter dem Namen: „Pfälzische Freie Presse“. Es handelt sich zwar nur um ein Kopfbblatt der

„Pfälzischen Post“, aber dennoch ist dieser Erfolg unserer pfälzischen Genossen beachtenswert. Hoffentlich folgt in nicht mehr ferner Zeit die eigene Zeitung der West- und Nordpfalz.

Wirtschaft

Die Entwicklung der deutschen Seeschifffahrt.

Der Seeverkehr über die deutschen Häfen zeigt im letzten Jahre einen merkwürdigen Aufstieg, wenngleich es noch längst nicht ge- lungen ist, den durch den Verlust der Handelsflotte infolge des Berliner Vertrags erlittenen Ausfall auch nur annähernd wett- zumachen. Verglichen mit dem Vorjahre und dem letzten Friedens- jahre 1918 gingen im Hamburger Hafen ein und aus:

Angelommen sind:	1913	1919	1920
Seeschiffe	15 073	2234	4880
Raumgehalt in 1000 R.-Reg.-To.	14 185	1543	4537
Abgegangen sind:			
Seeschiffe	16 827	2706	5150
Raumgehalt in 1000 R.-Reg.-To.	14 440	1450	4381

Eine ähnliche, wenn auch im Verhältnis zum Vorjahr nicht ganz so günstige Entwicklung weist der Seeverkehr für Bremerische Rechnung über die Weiserhäfen auf. Ein Vergleich mit dem Friedens- jahre beweist, daß Hamburg noch immer kaum ein Drittel seines früheren Handelsseeverkehrs wieder erreicht hat, obwohl der ungeheure Warenbedarf Deutschlands nach der Kriegesblöcke den Import und die Valutadifferenz des Export stark begünstigen mußten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Knappheit an Schiffsraum in der zweiten Jahreshälfte erheb- lich nachgelassen hat, so daß jetzt bereits das Angebot an Fracht- raum die Nachfrage weit überwiegt.

Kneuzügen der Weltkrise. Nach einer Meldung des Holländisch-Neosbureau wurde in Chile ein Verein der Salpeter- erzeuge gegründet, der 48 Proz. der chilenischen Salpeter- erzeugung umfaßt. Der Zweck ist die Einschränkung der Erzeugung und die Festigung der Preise für Salpeter bis zum Januar 1921. Mit dem Zusammenbruch der Salpeter- erzeuger vermindert mehr und mehr die Möglichkeit, aus dem Ausland jemals wieder billigen Stickstoffdünger zu beziehen. Das beweist erneut die Notwendigkeit einer Sozialisierung der deutschen Stickstoffdüngemittelindustrie, wie sie vom Gen. Otto Braun gefordert wird. — In der Schweiz macht sich die Krise u. a. in einem Rückgang des Verkehrs geltend. Nach der Zusammenstellung der Schweizer Bundesbahnen wurden an Gütern im Monat November 1920 gegen den Vormonat 122 Millionen Tonnen gegen 135 Millionen Tonnen und 6,7 Millionen Personen gegen 7,5 Millionen Personen befördert. Die Ein- nahmen gingen so um 5,88 Millionen Frank zurück. — Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß die meisten dortigen Eisen- und Stahlwerke wegen Abnahmangel größere Arbeiter- entlassungen vorgenommen haben.

Die Zahl der Konkurse hat nach einer Zusammenstellung der Zeitschrift „Die Bank“ im Jahre 1920 gegen das Vorjahr erheblich zugenommen. Es wurden nämlich im vergangenen Jahre 1303 Konkurse eröffnet gegen 967 im Jahre 1919 und 804 im Jahre 1918. Auf den Monat Dezember entfielen 155 der neu eröffneten Konkurse.

Eine Viehsteuer. Die Finanznot der Gemeinden und Bezirks- verbände in Sachsen hat bei diesen den Gedanken einer Vieh- steuerung des Viehes reifen lassen. Den Anfang damit hat, wie uns mitgeteilt wird, der Bezirksverband der Amtshaupt- mannschaft Dresden-Neustadt gemacht. Nach Beschluß der Bezirksvertretung für diese Amtshauptmannschaft soll vom 1. Ja- nuar dieses Jahres ab die Viehsteuer nach folgenden Sätzen eingeführt werden: für ein Pferd 60 M., für einen Fugochse 40 M., für eine Kuh 10 M., für ein Kalb 20 M., für ein Schwein 5 M., für ein Schaf 3 M. und für eine Fiege 2 M. — Damit ist wohl im ganzen Reiche eine Viehsteuer erstmals ein- geführt worden.

Die Kohlenförderung im Dezember. Die Steinkohlen- förderung betrug im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk bis zum 28. Dezember nur 7 006 130 Tonnen gegenüber 7 468 174 Tonnen bis zum gleichen Tage des Vormonats. Die Ursache des Förderungsrückganges war neben den Feiertagen die mangel- hafte Waggengestellung und die seit Jahrzehnten nicht erlebte Wassernot, so daß der Schiffsbetriebsbetrieb kaum aufrechterhalten werden konnte und oberhalb Mannheims gänzlich eingestellt werden mußte.

Die Landwirtschaftskammerwahlen sollen nach dem neuen, vor- kurzem angenommenen Wahlrecht voraussichtlich am 27. Fe- bruar stattfinden.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Kop- penhagen-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin. Druckstr. 2. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.



fangen wir mit billigeren Preisen an

Margarine
Pfd. 13,25

Kaffee
3/4 Pfd. 50

Schmalz
Pfd. 15,90

Viktoria Erbsen
Pfd. 3,00

prima Vollreis
Pfd. 1,50

Loreley Union Reichelt
Ladewig * Assmann